

Geschäftsbericht 2014

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Vorstands	I
Organe der Gesellschaft	3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014	5
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	5
Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	5
Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	8
Sonstige wesentliche Informationen	13
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	14
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	17
Zweigniederlassungen	17
Forschung und Entwicklung	18
Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	18
Beteiligungen	19
Risikoberichterstattung	19
Internes Kontrollsystem	32
Compliance und Geldwäsche	34
Prognosebericht	35
Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung	37
Einzelabschluss der KA Finanz AG für das Geschäftsjahr 2014	39
Bilanz der KA Finanz AG (nach BWG)	39
Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz AG (nach BWG)	41
Anhang zum Jahresabschluss der KA Finanz AG für das Geschäftsjahr 2014	42
Bestätigungsvermerk	71
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	73

VORWORT DES VORSTANDS

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen den Geschäftsbericht 2014 der KA Finanz AG (KF) vorzustellen.

Unter Nutzung der positiven Marktlage konnte die KF 2014 das **risikorelevante Portfolio** um EUR 3,1 Mrd. oder 35,4 % auf EUR 5,7 Mrd. **reduzieren**. Das verbleibende Portfolio zeigt ein ausgeglichenes Risikobild mit EUR 4,9 Mrd. bzw. 86,1 % Investmentgrade; EUR 1,9 Mrd. bzw. 32,8 % sind AAA/AA-geratet. Die Non Performing Loan (NPL)-Ratio ist mit 2,7 % weiterhin niedrig. Insgesamt waren zum Jahresende 2014 81,0 % oder EUR 24,3 Mrd. aus dem Portfolio der KF von EUR 30 Mrd. bei Beginn der Restrukturierung abgebaut.

Die KF verfügt über eine solide **Kapitalausstattung** von EUR 581,1 Mio., davon EUR 403,6 Mio. Kernkapital gemäß Basel III. Dies entspricht einer **Gesamtkapitalquote** von 20,9 % und einer **Kernkapitalquote** von 14,5 % und liegt damit in einem nach wie vor volatilen Marktumfeld wesentlich über den regulatorischen Mindestkriterien. Die **Bilanzsumme** beträgt zum 31. Dezember 2014 EUR 7,3 Mrd. Dies entspricht einer Reduktion im Vergleich zum Vorjahr um EUR 0,9 Mrd. oder 11,2 %. Der Rückgang ist auf bilanzwirksame Portfolioabbaumaßnahmen und Tilgungen (EUR -1,8 Mrd.) zurückzuführen; dem gegenüber standen höhere Sicherheitsleistungen für Besicherungsderivate im Wesentlichen aufgrund des gesunkenen Marktzinsniveaus (EUR +0,3 Mrd.) sowie höhere Liquiditätsreserven bei der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) (EUR +0,3 Mrd.).

Das **UGB/BWG-Jahresergebnis** nach Steuern ist wie im Vorjahr ausgeglichen. Dabei wurden EUR 18,7 Mio. der bestehenden EUR 59,1 Mio.-Risikovorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG aufgelöst. Es verbleibt somit eine Risikovorsorge gemäß § 57 Abs. 1 von EUR 40,5 Mio. bzw. EUR 95,0 Mio. gemäß § 57 Abs. 3 BWG, sodass insgesamt ein Risikopuffer von EUR 135,5 Mio. besteht. Das **Risikoergebnis** war geprägt durch eine EUR 11,5 Mio.-Risikovorsorge für eine im Geschäftsjahr 2005 erworbene Anleihe der Heta Asset Resolution AG (HETA, vormals Hypo Alpe Adria) im Nominale von EUR 30 Mio., welche mit einer Ausfallsbürgschaft des Bundeslandes Kärnten gemäß § 5 Abs. 2 Kärntner Landesholdinggesetz besichert ist.

Kapitalmaßnahmen und Haftungsentgelte

Die KF hat 2014 **keine Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich** benötigt. Durch im Berichtsjahr geleistete Haftungsentgelte von EUR 19,0 Mio. sowie einer EUR 1,0 Mio. Reduktion einer bestehenden Bundesbürgschaft auf nunmehr EUR 4,7 Mio. haben sich im Geschäftsjahr die kapitalwirksamen Unterstützungsmaßnahmen der Republik Österreich um EUR 20 Mio. auf netto EUR 2,158,7 Mio. reduziert.

Die KF hat seit der Übernahme durch die Republik Österreich bis zum 31. Dezember 2014 insgesamt EUR 681,3 Mio. Brutto-Haftungsentgelte geleistet. Nach Abzug der von der Republik Österreich bis Ende 2011 geleisteten Restrukturierungsbeiträge in Höhe von EUR 210,0 Mio. ergeben sich **Netto-Haftungsentgelte von EUR 471,3 Mio.** Für 2014 wurden Haftungsentgelte von insgesamt EUR 19,0 Mio. geleistet.

Portfoliostruktur und -abbau

Vom EUR 5,7 Mrd.-Portfolio der KF waren EUR 4,0 Mrd. Wertpapiere, EUR 0,7 Mrd. Darlehen, EUR 0,4 Mrd. CDS/Haftungen (netto nach Absicherungshedges; CDS-Risiko besteht nur mehr für Österreich) und EUR 0,6 Mrd. Zins- und Währungsabsicherungsderivate. Im Gesamtportfolio enthalten ist ein Obligo von EUR 0,6 Mrd. gegenüber der Republik Österreich, welches nunmehr das größte Einzelrisiko darstellt. Insgesamt hat das **Portfolio der KF ein durchschnittliches Rating von A-** (Skalierung nach Standard & Poor's/Fitch); EUR 4,9 Mrd. bzw. 86,1 % lagen im Investmentgrade-Bereich (BBB- oder besser); EUR 1,9 Mrd. bzw. 32,8 % im AAA/AA-Bereich. Die **NPL-Ratio** ist mit 2,7 % weiterhin niedrig. Die stillen Lasten betragen per 31. Dezember 2014 netto EUR 902,6 Mio.

Mit den gesetzten Abbaumaßnahmen konnte das Risikoprofil des KF-Portfolios wesentlich reduziert werden, insbesondere bestehen **keine Konzentrationsrisiken gegenüber europäischen Peripheriestaaten** mehr, welche in der Vergangenheit das Risikobild dominiert hatten. Die diesbezüglichen Abbaumaßnahmen wurden durch die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und die damit verbundenen Marktverbesserungen im souveränen Bereich wesentlich unterstützt. Das größte Einzelobligo liegt nunmehr bei Österreich mit EUR 646 Mio., gefolgt von Italien mit EUR 385 Mio. Die Obligi in Spanien und Irland und in den ersten Monaten 2015 auch Portugal konnten vollständig abgebaut werden

Liquidität

Zum 31. Dezember 2014 hat die KF ein jährliches Refinanzierungserfordernis (ohne Eigenmittel) von insgesamt EUR 6,1 Mrd. Dabei werden EUR 4,0 Mrd. bzw. 65 % unabhängig von direkten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht. Der Eigenbeitrag konnte damit nach planmäßiger Bedienung der verbliebenen EUR 1,2 Mrd. staatsgarantierten Anleihen unter dem IBSG (Interbankmarktstärkungsgesetz) im Verhältnis zum Refinanzierungsvolumen deutlich erhöht werden; die verbleibenden Liquiditätsgarantien der Republik Österreich betragen EUR 3,0 Mrd. für ein Commercial Paper (CP)-Programm, mit welchem der Zugang zum kostengünstigen CP-Markt sichergestellt wird.

Auswirkungen Teilverkauf Kommunalkredit Austria (KA)

Die KF hat per Ad-hoc-Meldung vom 13. März 2015 mitgeteilt, dass im Teilverkaufsprozess der Kommunalkredit Austria AG (KA), welcher am 11. August 2014 ausgeschrieben worden war, eine wesentliche Weichenstellung erreicht wurde. Die Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes (FIMBAG) hat mit einem Käuferkonsortium, bestehend aus der englischen Interritus Limited und der irischen Trinity Investments Limited, einen Kaufvertrag unterzeichnet. Dieser sieht u. a. vor, dass der verbleibende Teil der KA (KA Rest) mit einer Bilanzsumme von ca. EUR 7 Mrd. auf die KF verschmolzen wird; es werden dabei Aktiva mit hoher Qualität mit einem Durchschnittsrating von AA- in die KF transferiert. Das Closing der Transaktion wird um die Jahresmitte erwartet und unterliegt noch den Genehmigungen durch die zuständigen Organe der KA sowie der zuständigen Bankaufsicht, der EK und weiteren Behörden.

Ausblick

Die Portfoliostruktur hat sich während des vergangenen Geschäftsjahres 2014 wesentlich verbessert und um 35,4 % reduziert. Unterstützt wurde die Entwicklung durch positive Markttrends in Folge der expansiven Geldpolitik der EZB sowie in Erwartung eines Wertpapierankaufprogramms (Quantitative Easing), welches Anfang März 2015 auch in Form eines Ankaufprogramms für Staatsanleihen implementiert wurde. Mit einem freundlichen Zinsumfeld kann weiterhin gerechnet werden, jedoch sind fortgesetzte Marktverbesserungen angesichts der eingetretenen positiven Entwicklungen nicht im gleichen Ausmaß wie 2014 zu erwarten. Die KF wird ihr bestehendes Restportfolio im kommenden Geschäftsjahr mit gleicher Sorgfalt unter Bedachtnahme auf Werterholungen und -realisierung weiter gestionieren.

Zudem wird die Entwicklung durch den Fortgang des Teilverkaufs der KA gekennzeichnet sein. Bei erfolgtem Closing der Transaktion wird sich die Bilanzsumme um rund EUR 7 Mrd. auf bis zu EUR 14 Mrd. erhöhen. Zu betonen ist, dass dieses übertragene Portfolio mit einem Durchschnittsrating von AA- ebenso von hoher Qualität ist. Zudem werden Refinanzierungsmittel und ein positiver Kapitalwert an die KF übertragen, sodass die Kapitalausstattung stabil bleibt. Aus heutiger Sicht und bei stabiler Marktlage sollen daher auch in Zukunft keine zusätzlichen unterstützenden Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich aus dieser Übertragung erforderlich sein. Für 2015 wird weiterhin mit einem negativen operativen Ergebnis gerechnet, sodass auch in Zukunft keine Ausschüttungen an bestehende Genussrechte erfolgen wird. Dies entspricht der Ad-hoc-Meldung der KF vom 17. November 2009 gemäß § 48d Börsegesetz; diese Meldung ist nach wie vor aufrecht.

Auch namens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses möchte ich mich bei den Aktionärsvertretern, dem Aufsichtsrat und Marktpartnern für die Unterstützung und positive Zusammenarbeit während des letzten Jahres bedanken. Der Vorstand dankt ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den wiederum engagierten Einsatz im Geschäftsjahr unter herausfordernden Bedingungen. Die KF wird sich den gestellten Aufgaben auch in Zukunft weiterhin mit hohem Engagement widmen.



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstands

ORGANE DER GESELLSCHAFT

VORSTAND

Mag. Alois Steinbichler

Vorstandsvorsitzender
Seit 7. November 2008

Dr. Helmut Urban

Mitglied des Vorstands
Seit 1. September 2013

AUFSICHTSRAT

KR Dr. Klaus Liebscher

Seit 8. Jänner 2009
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Mitglied des Vorstands der Finanzmarkteteiligung AG (FIMBAG) und ehemaliger
Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)

KR Adolf Wala

Seit 8. Jänner 2009
Vorsitzender-Stellvertreter des Aufsichtsrats
Mitglied des Vorstands der Finanzmarkteteiligung AG (FIMBAG) und ehemaliger
Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)

Dir. Mag. Werner Muhm

Seit 8. Jänner 2009
Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer

DI Herbert Paierl

Von 8. Jänner 2009 bis 4. November 2014
Selbständiger Unternehmer

Univ.-Prof. Mag. Dr. Stefan Pichler

Seit 28. Mai 2013
Professor für Banken und Finanzwirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien

Mag. Marc Schimpel (vom Betriebsrat entsandt)

Seit 19. Oktober 2013

Franz Hofer, MSc (vom Betriebsrat entsandt)

Seit 8. September 1998

Brigitte Kulovits (vom Betriebsrat entsandt)

Seit 19. Oktober 2013

STAATSKOMMISSÄR

Mag. Angelika Schlögel, MBA

Seit 1. August 2014

Staatskommissarin, Bundesministerium für Finanzen

SC Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger

Bis 28. Februar 2014

Staatskommissär, vormals Bundesministerium für Finanzen,

Leiter der Sektion Finanzen/Finanzausgleich/Beteiligungen/EU, Rechnungshof

Mag. Wolfgang Nitsche

Staatskommissär-Stellvertreter, Bundesministerium für Finanzen

REGIERUNGSKOMMISSÄR FÜR DEN DECKUNGSSTOCK FÜR FUNDIERTE BANKSCHULDVERSCHREIBUNGEN

Mag. Andrea Delfauro-Bischof, MA

Regierungskommissär, Bundesministerium für Finanzen

Mag. Wolfgang Nitsche

Regierungskommissär-Stellvertreter, Bundesministerium für Finanzen

Zum Zeitpunkt der Berichtslegung hatte die Bank keine fundierten
Bankschuldverschreibungen aushaftend.

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Mitte 2013 begonnene konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft setzte sich in den ersten Monaten des Jahres 2014 zunächst fort; in weiterer Folge zeigte sich die Entwicklung jedoch sehr uneinheitlich. Während allen voran die USA eine zunehmende Wachstumsdynamik vorweisen konnte, war die Entwicklung im Euro-Raum sehr verhalten; insbesondere dominierte hier die Thematik einer niedrigen bzw. rückläufigen Inflation. Ebenso trübten der anhaltende militärische Konflikt im Osten der Ukraine und die gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen sowie die nachlassende Dynamik der Schwellenländer (Abschwächung in China, Rezession in Brasilien) die Prognosen. Insgesamt wird gemäß dem Statistischem Amt der Europäischen Union (Eurostat) für das Jahr 2014 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 1,3 % für die Europäische Union (EU), 0,8 % im Euro-Raum und 0,4 % in Österreich erwartet und damit insgesamt unter den Erwartungen bleiben. Für die USA wird hingegen ein Wirtschaftswachstum von 2,2 % prognostiziert.

Die Arbeitslosendaten zeigten sowohl im europäischen Raum als auch den USA eine positive Trendumkehr: Am amerikanischen Arbeitsmarkt sank die Arbeitslosenquote 2014 von 7,4 % auf 6,2 %; auch in der EU zeigte sich ein Rückgang der Arbeitslosenquote von 10,8 % auf 10,2 %; in der Euro-Zone lag die Arbeitslosenquote bei 11,6 % nach 11,9 % 2013. Dies beruhte insbesondere auf den besseren Beschäftigungszahlen in den Peripherieländern. Die österreichischen Arbeitslosenzahlen sind zwar mit 5,0 % im EU-Vergleich weiterhin niedrig, hier ist jedoch im Vergleich zu 2013 (4,9 %) eine leicht steigende Grunddynamik zu verzeichnen.

Dem europäischen Trend folgend verlangsamte sich der Preisauftrieb auch in Österreich, lag jedoch über dem europäischen Niveau. Die Inflationsrate Ende Dezember 2014 betrug auf Basis des europaweit harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) 0,8 %; sowohl auf EU-Ebene als auch in der Euro-Zone waren die Preise hingegen mit -0,1 % bzw. -0,2 % rückläufig.

Bisher gibt es noch keine unmittelbaren Hinweise für eine Konjunkturbelebung im Euro-Raum; auch wenn die Euro-Schwäche und die niedrigen Rohstoffpreise im Jahresverlauf eine Belebung bewirken sollten. Für das Jahr 2015 prognostiziert Eurostat derzeit ein Wachstum in der EU von 1,4 % (Euro-Zone 0,9 %); für Österreich von 0,5 %. Die wirtschaftliche Erholung innerhalb der EU bleibt damit länger gedämpft als erhofft. Für die USA wird hingegen ein Wachstum von 3,1 % erwartet.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die globalen Finanzmärkte waren auch im Jahr 2014 wesentlich von den geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken, insbesondere der Europäischen Zentralbank (EZB) und der US-Notenbank (FED), aber auch der Bank of Japan (BoJ) geprägt.

In Reaktion auf die niedrige Inflation und das geringe Wirtschaftswachstum im Euro-Raum nahm die EZB zunächst Anfang Juni eine weitere Leitzinssenkung von 0,25 % auf 0,15 % vor; weitere Konjunkturimpulse setzte die EZB mit einem neuen EUR 400 Mrd.-Kreditpaket für Banken („Targeted Long Term Refinancing Operations“ – TLTROs). Mit diesen langfristigen Refinanzierungsmitteln, welche an die Kreditvergabepraxis der Banken gebunden sind, sollte die schwache Kreditvergabe im Euro-Raum angekurbelt werden.

Anfang September reagierte die EZB mit einer neuerlichen Zinssenkung auf die schwachen Wirtschaftsdaten sowie um möglichen wachsenden Deflationsfaktoren entgegenzuwirken. Der Leitzins wurde auf ein neues Rekordtief von 0,05 % p. a. gesenkt. Seit 11. Juni 2014 sind Geschäftsbanken, die ihre Liquidität kurzfristig bei der EZB deponieren, zudem erstmals mit negativen Einlagezinsen bei der EZB konfrontiert; zu Jahresende lag der Einlagesatz bei minus 0,20 %.

Als weitere geldpolitische Maßnahme wurde Anfang Jänner 2015 ein groß angelegter Ankauf von Staatsanleihen (Quantitative Easing) durch die EZB beschlossen; damit soll der Markt mit zusätzlicher Liquidität versorgt und einer möglichen Deflation im Euro-Raum entgegengewirkt werden. Das Programm ist im März 2015 gestartet und umfasst ein Gesamtvolumen von EUR 1.140 Mrd.; über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren sollen damit Staatsanleihen und sonstige Wertpapiere von bis zu EUR 60 Mrd. monatlich angekauft werden.

Die FED bestätigte zwar die längerfristige Beibehaltung des niedrigen Leitzinses in der Spanne zwischen 0 % und 0,25 %, wies aber auf eine schrittweise Straffung der Geldpolitik hin und stellte im Herbst 2014 ihr Programm zum Ankauf von Anleihen unter dem Quantitative Easing zur Gänze ein.

Während somit das kurzfristige Zinsniveau in Europa und den USA 2014 auf niedrigem Niveau relativ stabil blieb, waren die langfristigen Zinssätze durch fallende Basissätze gekennzeichnet. Der 10-jährige Euro-Swapsatz fiel von 2,17 % zu Jahresbeginn deutlich auf 0,81 % zum Jahresende 2014; der 30-jährige Euro-Swapsatz fiel im gleichen Zeitraum von 2,78 % auf 1,46 %. Die langfristigen US-Renditen sanken 2014 von 3,03 % zu Jahresbeginn auf 2,12 % zum Jahresende (10-jährige US-Staatsanleihen) bzw. von 3,96 % auf 2,75 % (30-jährige US-Staatsanleihen).

Der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar verblieb in der ersten Jahreshälfte mit über 1,35 auf relativ hohem Niveau, sank hingegen im weiteren Jahresverlauf kontinuierlich, getrieben durch die schwachen Wirtschaftsprognosen für den Euro-Raum sowie den anhaltenden Konflikt in der Ost-Ukraine. Nach 1,21 zum Jahresende 2014 lag der EUR/USD-Kurs Mitte März 2015 bei einem Zwölf-Jahres-Tief von 1,06.

Von den geldpolitischen Maßnahmen der EZB profitierten allen voran die Peripheriestaaten: Nach Irland entschied im Jänner 2014 auch Spanien, keine weiteren Finanzmittel aus dem Euro-Rettungsschirm ESM (European Stability Mechanism) in Anspruch zu nehmen; im Juni gab Portugal bekannt, keine weiteren Hilfskredite zu benötigen. Diese positive Entwicklung zeigte sich auch in der Kurserholung der Staatsanleihen dieser Länder verbunden mit der unterstützenden Geldpolitik der EZB und ermöglichte den Peripheriestaaten, mit Ausnahme von Zypern, die Rückkehr an den Kapitalmarkt mit zum Teil deutlich überzeichneten Neuemissionen und rückläufigen Renditen. Erstmals seit mehreren Jahren konnte zunächst Griechenland an den Kapitalmarkt zurückkehren und ab Anfang April 2014 mehrere Staatsanleihen begeben. Mit dem Sieg der Syriza-Partei bei den griechischen Parlamentswahlen im Jänner 2015 waren jedoch die Diskussionen über eine mögliche Abkehr Griechenlands vom europäischen Hilfsprogramm wieder allgegenwärtig. Ende Februar 2015 haben sich die griechische Regierung und die Euro-Gruppe nach intensiven Verhandlungen auf eine temporäre Verlängerung des Hilfsprogramms bis Juni 2015 geeinigt.

Europäische Bankenunion

Als eine der zentralen Maßnahmen der EU zur Stabilisierung des Finanzmarktes haben sich die Verhandler des Europäischen Rats sowie des Europäischen Parlaments im März 2014 auf die Gründung der auf drei Säulen beruhenden Bankenunion geeinigt; diese setzt sich wie folgt zusammen:

Einheitliche Bankenaufsicht – „Single Supervisory Mechanism“ (SSM)

Der bei der EZB angesiedelte einheitliche Bankenaufsichtsmechanismus oder „Single Supervisory Mechanism“ (SSM) agiert seit 4. November 2014 als neues Aufsichtsorgan für alle bisher von der EZB überwachten 128 Großbanken sowie alle grenzüberschreitend tätigen Banken; für alle anderen Banken sind weiterhin die nationalen Abwicklungsbehörden zuständig.

Abwicklungsfonds – „Single Resolution Fund“ (SRF)

Aus dem innerhalb von acht Jahren mit EUR 55 Mrd. dotierten „Single Resolution Fund“ (SRF) werden mögliche Abwicklungskosten finanziert, falls die Beiträge von Aktionären und Gläubigern nicht ausreichend sind. Der Fonds soll ab 2016 etabliert und in den folgenden acht Jahren über eine Bankenabgabe dotiert werden.

Abwicklungsmechanismus – „Single Resolution Mechanism“ (SRM)

Ebenso wurde im Rahmen der Maßnahmen zur Bankenunion ein Abwicklungsmechanismus für Banken in finanzieller Schieflage, der „Single Resolution Mechanism“ (SRM), beschlossen, dessen Ziel eine geordnete Schließung von Banken unter Schonung der öffentlichen Haushalte ist. Neben dem einheitlichen Abwicklungsmechanismus wurde im Mai ergänzend die Bankenabwicklungsrichtlinie (Bank Recovery and Resolution Directive – BRRD) verabschiedet; diese regelt die Sanierung und Abwicklung von Banken und ist in Österreich mit dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) umgesetzt worden (ab 1. Jänner 2015 in Kraft).

Österreichs Stabilitätsprogramm

Am 23. Mai 2014 beschloss der Nationalrat das Bundesfinanzrahmengesetz 2015 bis 2018. Die Haushaltskonsolidierung hat darin deutliche Priorität. Weiters vorgesehen ist ein Defizit nach Maastricht-Definition des Bundes im Jahr 2014 von 2,8 % des BIP, das gemäß Plan 2015 auf 1,5 % des BIP sinkt. Bis 2016 soll ein strukturell nahezu ausgeglichenes Budget erreicht werden (strukturelles Defizit von 0,4 % des BIP). Gegenwärtig wird gemäß Statistik Austria bzw. des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) ein Budgetdefizit für 2014 von 3,0 % vorhergesagt. Gemäß Bundesfinanzrahmengesetz wird sich die öffentliche Gesamtverschuldung bis Ende 2014 auf 79,2 % erhöhen, ab 2015 jedoch einem Konsolidierungskurs folgen und auf 71,5 % Ende 2018 sinken. Mit Übergang vom Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 auf das ESVG 2010 hat Eurostat 1.400 Einheiten rückwirkend ab 2009 dem Sektor Staat zugeordnet; damit kommt es nach den Prognosen von Statistik Austria und WIFO im Jahr 2014 zu einem Anstieg der Staatsschulden auf 86,9 % des BIP (2013: 81,2 %); bis 2018 wird ein Rückgang auf 82,7 % prognostiziert.

WESENTLICHE EREIGNISSE DES GESCHÄFTSJAHRES

Unternehmenszweck

Die KA Finanz AG (KF) ging zum 28. November 2009 aus der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) hervor und ist deren Rechtsnachfolgerin. Auf Basis eines von der Europäischen Wettbewerbskommission am 31. März 2011 genehmigten Restrukturierungsplanes ist die KF für den strukturierten Abbau des nicht strategischen Portfolios der KA alt zuständig. Dabei stehen der fokussierte Risikoabbau bei angestrebter Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, die Wahrung von Wertaufholungspotenzialen sowie der bestmögliche Eigenbeitrag unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burdensharing) im Fokus der Tätigkeiten der KF. Eine aktivseitige Ausweitung des Geschäftsvolumens findet nicht statt; die Refinanzierung der bestehenden Aktiva erfolgt in erster Linie über besicherte und unbesicherte Commercial-Paper-Emissionen, Kundeneinlagen sowie besicherte Geldmarktgeschäfte (Repos).

Geschäftsverlauf 2014

Unter Nutzung der verbesserten Marktlage konnte die KF auch im Jahr 2014 den fokussierten Risikoabbau erfolgreich fortsetzen. Das risikorelevante Portfolio wurde um EUR 3,1 Mrd. oder 35,4 % auf EUR 5,7 Mrd. reduziert. Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2014 EUR 7,3 Mrd.

Seit Beginn der Restrukturierung im November 2008 wurden, ausgehend von einem Risikoportfolio von EUR 30 Mrd., insgesamt EUR 24,3 Mrd. bzw. 81,0 % des Risikoportfolios der KF bis 31. Dezember 2014 abgebaut, davon EUR 23,6 Mrd. durch Verkauf und Tilgung von Wertpapieren, CDS und Darlehen sowie EUR 0,7 Mrd. durch Abbau von Geldmarkt- und Derivat-Positionen bzw. aus FX-Effekten. Diese Risikoreduktion liegt wesentlich über den Budgetwerten.

Insbesondere wurden die Risikokonzentrationen vor allem gegenüber den europäischen Peripherie-Staaten stark reduziert. Somit liegen, außerhalb Österreichs, keine souveränen Risiken mehr über EUR 300 Mio.; im Vergleich dazu gab es Ende 2010 noch vierzehn Einzelrisiken über EUR 300 Mio. Das verbliebene risikorelevante CDS-Sell-Exposure konnte 2014 mit Ausnahme von EUR 539 Mio., die auf die Republik Österreich referenzieren, vollständig abgebaut werden. Zudem wurde das Wertpapier- und Darlehens-Portfolio im Geschäftsjahr 2014 um EUR 1,4 Mrd. aktiv reduziert, weitere EUR 0,4 Mrd. wurden durch planmäßige Tilgungen zurückgeführt.

Nachfolgende Tabelle zeigt den Abbau der Risikopositionen seit Ende 2008, gegliedert nach Tilgung und Verkauf sowie nach Risikokategorien:

Tabelle: Abbau der Risikopositionen seit November 2008, in EUR Mio.

Abbau der Risikopositionen seit November 2008	2008/ 2009 ¹⁾	2010	2011	2012	2013	2014	Summe 2008 bis 2014
Wertpapiere – Verkauf	516	964	1.513	895	662	1.363	5.913
Darlehen – Verkauf	0	115	539	90	58	0	802
CDS – Verkauf	2.183	20	108	2.894	4.003	1.591	10.799
Summe Verkauf	2.699	1.099	2.160	3.878	4.723	2.955	17.514
Wertpapiere – Tilgung	635	560	609	758	254	336	3.152
Darlehen – Tilgung	870	816	203	130	77	67	2.163
CDS – Fälligkeiten	298	202	40	173	74	0	787
Summe Tilgung	1.803	1.578	852	1.061	405	403	6.102
Summe Verkauf / Tilgung	4.502	2.677	3.012	4.939	5.129	3.358	23.616
Gesamtexposure (Jahres-/Monatsende)	30.000 / 27.299	24.667	19.039	14.463	8.831	5.701	
davon Wertpapiere/Darlehen	15.200 / 13.630	12.480	9.108	7.520	6.243	4.696	
davon CDS	12.200 / 10.737	11.100	9.286	6.185	2.013	399	
davon Sonstige (Geldmarkt / Derivate) ²⁾	2.600 / 2.932	1.087	645	758	575	606	
UGB-Bilanzsumme	n.a. / 17.657	16.492	14.901	10.970	8.194	7.285	
Stille Last ³⁾	n.a.	-2.769	-3.105	-1.707	-920	-903	

¹⁾ für 2008/2009 abgebaute Nominalwerte

²⁾ Reduktion ist zusätzlich zu Verkauf/Tilgung

³⁾ aus Wertpapier-, Darlehen und CDS-Exposures sowie Absicherungsderivaten (Wert 2010 exklusive Darlehen)

Gesamtportfolio der KF zum 31. Dezember 2014

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 belief sich das risikorelevante Portfolio der KF auf ein Gesamtvolumen von EUR 5,7 Mrd.; davon waren EUR 4,0 Mrd. Wertpapiere, EUR 0,7 Mrd. Darlehen, EUR 0,4 Mrd. CDS/Haftungen (netto nach Absicherungshedges) und EUR 0,6 Mrd. Zins- und Währungsabsicherungsderivate. Im Gesamtportfolio enthalten war ein Obligo von EUR 0,6 Mrd. gegenüber der Republik Österreich. Insgesamt hat das Portfolio der KF ein durchschnittliches Rating von A- (Skalierung nach Standard & Poor's/Fitch). EUR 4,9 Mrd. bzw. 86,1 % des Gesamtportfolios waren dabei im Investmentgrade-Bereich (BBB- oder besser); EUR 1,9 Mrd. bzw. 32,8 % im AAA/AA-Bereich. Die NPL-Ratio (Ausfallsdefinition gemäß Basel III) beträgt weiterhin niedrige 2,7 %.

Die geografische Konzentration des Gesamtexposures gegenüber dem Euro-Raum (EU-18 inkl. Österreich) reduzierte sich in Folge der Abbaumaßnahmen 2014 von 45,2 % auf 40,5 %; auf die restlichen EU-Staaten (vor allem Großbritannien und CEE) entfielen 22,0 %. Das Exposure in sonstigen Staaten von 36,4 % war zu 30,7 % den USA und Kanada zuzurechnen.

Wertpapiere und Darlehen in Höhe von EUR 4,7 Mrd. waren zu 78,5 % im Investmentgrade-Bereich (BBB- oder besser) und 25,5 % im AAA/AA-Bereich geratet; 58,3 % des Wertpapier- und Darlehensportfolios waren dem EU-Raum zuzuordnen, davon 35,3 % den Ländern der Euro-Zone (EU-18) sowie 23,0 % den restlichen EU-Staaten. Auf sonstige Staaten entfielen 41,7 % des Wertpapier- und Darlehensexposures; dabei war mit 33,5 % der Großteil dieses Exposures den USA und Kanada zuzurechnen sowie 1,0 % Nicht-EU Europa.

CDS- und Haftungsexposure: 2014 wurde das verbliebene risikorelevante CDS-Sell-Exposure mit Ausnahme von EUR 539 Mio., die auf die Republik Österreich referenzieren, vollständig abgebaut.

Tabelle: Die zehn größten Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen, in EUR 1.000

#	Partner	Exposure per 31.12.2014	Anteil	davon Zentralstaat	davon Gebietskörperschaften	davon staatsgarantiert	davon Wertpapiere	davon CDS / Haftungen	davon Darlehen
1	Österreich	645.673	11,3 %	540.852	0	104.820	107.041	538.631	0
2	Italien	384.821	6,8 %	281.722	103.099	0	384.821	0	0
3	USA	347.117	6,1 %	0	347.117	0	347.117	0	0
4	UK	274.255	4,8 %	0	274.255	0	21.041	0	253.214
5	Polen	195.820	3,4 %	195.820	0	0	195.820	0	0
6	Portugal	179.513	3,1 %	153.639	25.873	0	153.639	5.856	20.018
7	Zypern*	107.447	1,9 %	104.716	0	2.730	0	0	107.447
8	Kanada	93.223	1,6 %	0	93.223	0	93.223	0	0
9	Qatar	91.751	1,6 %	91.751	0	0	91.751	0	0
10	Mexiko	34.043	0,6 %	34.043	0	0	34.043	0	0
Summe Top 10		2.353.663	41,3 %	1.402.544	843.568	107.551	1.428.498	544.487	380.678
Gesamt-Portfolio		5.694.230	100,0 %	1.708.209	967.488	155.821	4.018.587	398.524	670.952

* unter EU-Stützungsmaßnahmen

Von den zehn größten Risikogruppen aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen von EUR 2,4 Mrd. entfallen EUR 1,3 Mrd. oder 56,0 % auf die Euro-Zone, davon EUR 107 Mio. auf Zypern (2013: EUR 241,5 Mio.), das damit das einzige Obligo gegenüber einem Staat unter laufenden europäischen Stützungsmaßnahmen ist.

Die KF hat per 31. Dezember 2014 kein Exposure in der Ukraine, das Exposure in Russland beträgt EUR 12,1 Mio.

Stille Lasten

Per 31. Dezember 2014 betragen die stillen Lasten, d. h. der Unterschied zwischen Buch- und Marktwerten, netto EUR 902,6 Mio. (davon stille Lasten in Höhe von EUR 833,9 Mio. aus Wertpapieren inkl. Mikro-Hedges und EUR 91,3 Mio. aus dem Darlehensportfolio inkl. Mikro-Hedges, gegenüber EUR 21,4 Mio. stillen Reserven aus Zinsabsicherungsderivaten und EUR 1,2 Mio. stillen Reserven aus CDS/Haftungen).

Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich seit Verstaatlichung

Im Jahr 2014 waren keine Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich erforderlich. Durch geleistete Haftungsentgelte von EUR 19,0 Mio. sowie einer EUR 1,0 Mio. Reduktion der bestehenden EUR 4,7 Mio. Bundesbürgschaft (EUR 5,7 Mio. zum 31.12.2013) haben sich die seitens der Republik Österreich geleisteten kapitalwirksamen Unterstützungsmaßnahmen von netto EUR 2.178,7 Mio. per 31. Dezember 2013 um EUR 20,0 Mio. auf netto EUR 2.158,7 Mio. per 31. Dezember 2014 reduziert. Die von der KF erhaltenen Unterstützungen zur Kapitalstärkung seit Verstaatlichung gliedern sich wie folgt:

Tabelle: Überblick Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich (kumulativ), in EUR Mio.

Überblick Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
Kapitalisierungsvereinbarung vom 17.11.2009 mit Besserungsschein	1.093,2	1.137,1	1.140,1	1.140,1
Gesellschafterzuschüsse / Bundesbürgschaft	860,8	825,6	1.140,4	1.139,4
Kapitalerhöhung 2011	389,0	389,0	389,0	389,0
Summe brutto	2.343,0	2.351,7	2.669,5	2.668,5
Geleistete Haftungsentgelte KF 2008 – 12/2014	-540,0	-623,3	-662,3	-681,3
Rückflüsse des Bundes aus Haftungsentgelten 2008 – 12/2011	210,0	210,0	210,0	210,0
Haftungsentgelte der KA-Besserungsscheinstruktur 2009 – 7/2013	-23,4	-33,4	-38,5	-38,5
Summe netto	1.989,6	1.905,0	2.178,7	2.158,7

Aus der im Rahmen der Restrukturierung der vormaligen Kommunalkredit im Jahr 2009 geleisteten Rekapitalisierung der KF über eine Besserungsscheinstruktur stehen der Republik Österreich zum Stichtag 31. Dezember 2014 zukünftige Jahresüberschüsse (vorrangig vor Genussrechten und Eigenkapitalinstrumenten) bzw. zukünftige Liquidationserlöse (vorrangig vor Eigenkapitalinstrumenten) im Ausmaß von EUR 1.242,6 Mio. bis zur vollständigen Bedienung dieses Besserungsrechts zu.

Haftungsentgelte an die Republik Österreich

Die KF hat bis zum 31. Dezember 2014 insgesamt EUR 681,3 Mio. Brutto-Haftungsentgelte seit der Übernahme durch die Republik Österreich geleistet. Nach Abzug der von der Republik Österreich bis Ende 2011 geleisteten Restrukturierungsbeiträge in Höhe von EUR 210,0 Mio. ergeben sich Netto-Haftungsentgelte von EUR 471,3 Mio. Die 2014 von der KF geleisteten Haftungsentgelte von insgesamt EUR 19,0 Mio. ergaben sich aus EUR 15,3 Mio. für das staatsgarantierte Commercial-Paper-Programm, EUR 3,2 Mio. für Emissionsgarantien sowie EUR 0,5 Mio. für die kapitalwirksame Bundesbürgschaft der Republik Österreich; dies reflektiert eine Garantiegebühr von 10 % p. a. des aushaftenden Nominales.

Tabelle: Geleistete Haftungsentgelte der KF 2008 bis 2014, in EUR Mio.

Haftungsentgelte	Summe 2008 bis 2013	2014	Summe 2008 bis 2014
KF / KA alt			
Bürgschaften (inkl. ursprünglicher aktivseitiger Bürgschaft und Besserungsscheinbürgschaft)	353,7	0,5	354,2
Emissionsgarantien	244,8	3,2	248,0
Commercial-Paper-Garantie	37,9	15,3	53,2
Provisionen für Clearingbank-Linie ¹⁾	15,1	0,0	15,1
ELA-Garantie	10,8	0,0	10,8
Summe KF	662,3	19,0	681,3
Restrukturierungsbeiträge des Bundes	210,0	0,0	210,0
Summe netto KF	452,3	19,0	471,3

¹⁾ ab 28.2.2011 nicht mehr beansprucht

Für das Jahr 2015 sind Haftungsentgelte im Ausmaß von EUR 23,3 Mio. budgetiert.

Planmäßige Reduktion der Liquiditätsgarantien der Republik Österreich

Zum 31. Dezember 2014 waren EUR 3,0 Mrd. an Liquiditätsgarantien des Bundes ausstehend (31.12.2013: EUR 4,2 Mrd.). Verglichen mit dem Höchststand zum Jahresende 2010 von EUR 9,3 Mrd. hat sich das liquiditätsrelevante Garantievolumen der Republik Österreich damit um EUR 6,3 Mrd. bzw. 67,7 % ohne Beanspruchung reduziert.

Mit plangemäßer Tilgung von EUR 1,2 Mrd.-Anleihen im ersten Halbjahr 2014, sind sämtliche Anleihen mit Garantie der Republik Österreich unter dem IBSG (Interbankmarktstärkungsgesetz) ohne Beanspruchung rückgeführt worden. Es verbleibt somit eine EUR 3,0 Mrd.-Rahmengarantie für das Commercial-Paper-Programm der KF unter dem FinStaG (Finanzmarktstabilitätsgesetz), welches gegenüber sonstigen Refinanzierungsquellen (Kapitalmarkt, Repos etc.) einen wesentlichen Beitrag zur günstigen Finanzierungsstruktur der KF darstellt und somit im Interesse der Gesellschaft sowie der Eigentümer liegt.

Tabelle: Entwicklung Liquiditätsgarantien, in EUR Mio.

Liquiditätsgarantien KA Finanz AG								
	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	30.6.2014	31.12.2014
IBSG-Garantien ¹⁾	0,0	8.514,7	7.547,2	4.547,2	2.297,2	1.246,2	0,0	0,0
Clearingbanklinie	0,0	0,0	1.750,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
FinStaG-Garantien	5.300,0	0,0	0,0	2.500,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0
Summe	5.300,0	8.514,7	9.297,2	7.047,2	5.297,2	4.246,2	3.000,0	3.000,0

¹⁾ gem. Fremdwährungskursen zum Emissionszeitpunkt

Für ausstehende Liquiditätsgarantien erhält die Republik Österreich in Abhängigkeit von Laufzeit und Währung der zugrundeliegenden Refinanzierung ein jährliches marktkonformes Entgelt zwischen 0,70 % und 0,90 %.

Rating

Die KF verfügt über ein von Fitch Rating erteiltes langfristiges Rating von A+ (Negative Outlook) und ein Kurzfrist-Rating von F1+. Der negative Rating-Outlook wurde mit der Umsetzung der Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) begründet; deren Umsetzung in nationales Recht erfolgte in Österreich im Rahmen des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) und ist mit 1. Jänner 2015 in Kraft getreten.

Standard and Poor's (S&P) hat am 13. März 2015 das langfristige Rating von A auf A- und das kurzfristige Rating von A-1 auf A-2 herabgestuft; der Ausblick bei allen S&P-Ratings ist weiterhin stabil. Diese Ratingmaßnahme reflektiert die, weiterhin hohe, Einschätzung von S&P betreffend der Unterstützungswahrscheinlichkeit der Republik Österreich in Folge des am 1. März 2015 erlassenen Zahlungsmoratoriums für die HETA Asset Resolution AG (HETA).

Das staatsgarantierte Commercial-Paper-Programm wird von S&P unverändert mit A-1+ und von Fitch mit F1+ bewertet.

Eurostat –Reklassifizierung der KF in die Staatsschuld

Mit Übergang vom Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 auf das ESVG 2010 hat Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, die KF als „Defeasance Structure“ (i. e. Auffanggesellschaft) klassifiziert. Die KF wird folglich seit 30. September 2014 rückwirkend ab 2009 im Ausmaß ihrer Finanzverbindlichkeiten in die Staatsschuld eingerechnet.

SONSTIGE WESENTLICHE INFORMATIONEN

Geschäftsbesorgungsvertrag / Service Level Agreement zwischen Kommunalkredit Austria AG und KA Finanz AG

Die KA Finanz AG (KF) verfügt über keine eigene Back-Office-Infrastruktur, sondern bezieht die erforderlichen operativen Leistungen über ein Service Level Agreement (SLA) von der Kommunalkredit Austria AG (KA). Aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung sind mit Stichtag 31. Dezember 2014 14 Mitarbeiter/innen der KA ausschließlich für die KF tätig. Diese sind für das Portfoliomanagement, Risikomanagement und die Organisation der Gesellschaft verantwortlich. Es besteht eine klare Regelung zur Vermeidung von Interessenkonflikten zwischen KA und KF. Über die Einhaltung der Regelung wird regelmäßig dem Aufsichtsrat berichtet; für interessenkonfliktgeneigte Geschäfte ist die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich.

Corporate Governance und Risikomanagement

In der KF besteht eine detaillierte und stringent befolgte Corporate Governance- und Risikomanagement-Struktur.

Aufsichtsrat

Im Jahr 2014 wurden insgesamt vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen, eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung, zwei Prüfungsausschusssitzungen sowie eine Vergütungsausschusssitzung abgehalten. Ebenso wurden entsprechend den §§ 29 bzw. 39 der BWG-Novelle vom 5. Juli 2013, mit der die Anforderungen der Capital Requirements Directive (CRD IV) zu Basel III in Österreich umgesetzt wurden, mit Wirkung 1. Jänner 2014 ein Nominierungsausschuss sowie ein Risikoausschuss eingerichtet, welche jeweils einmal tagten.

Vorstand / Interne Revision / Compliance

Es werden wöchentlich Vorstands- sowie Kreditsitzungen mit Beschluss-, Berichts- und Follow-up-Agenden abgehalten. Die Interne Revision berichtet monatlich an den Vorstand und quartalsweise direkt an den Aufsichtsrat. Compliance berichtet quartalsweise an den Vorstand und einmal jährlich direkt an den Aufsichtsrat.

ICAAP

Die Risiko- und ICAAP-Methoden der Bank werden plangemäß jährlich überprüft; in einem monatlichen Risk Management Committee (RMC) werden zudem Markt-, operationelle sowie sonstige Risikothemen strukturiert behandelt; zusätzliche Komitees für Kredit-, Kapital- und Liquiditätsbelange finden in wöchentlichen oder kürzeren Abständen statt.

Rechtsverfahren

Die KF erwartet keine Belastung aus laufenden Rechtsverfahren. Details zu den Rechtsverfahren finden sich unter Punkt 6.6. des Anhangs.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Finanzielle Leistungsindikatoren der KA Finanz AG nach UGB

Tabelle: Ausgewählte Kennzahlen, in EUR Mio.

Ausgewählte Bilanz-Ertragskennzahlen	2014	2013
Bilanzsumme	7.285,4	8.194,2
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen	2.409,2	3.782,4
Forderungen an Kreditinstitute	2.026,3	1.760,8
Forderungen an Kunden	2.235,6	2.301,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.121,0	1.576,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.426,0	5.115,1
Zinsergebnis	11,3	-13,2
Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien	-19,0	-39,0
Verwaltungsaufwand	-13,8	-16,7
Betriebsergebnis	-24,5	-67,6
Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen	10,4	-264,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-14,1	-332,5
Außerordentliches Ergebnis	14,1	332,6
Jahresergebnis nach Steuern vor Rücklagenbewegung	0,0	0,0
Bilanzverlust (inklusive Verlustvortrag)	-156,5	-156,5
Unternehmenskennzahlen	2014	2013 ¹⁾
Risikogewichtete Aktiva Kreditrisiko gemäß Basel III	2.652,3	3.566,0
Eigenmittelerfordernis	222,3	297,6
Eigenmittel	581,1	605,7
Gesamtkapitalquote	20,9 %	16,3 %
Hartes Kernkapital-Tier 1 (Common Equity Tier 1)	403,6	403,6
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Ratio)	14,5 %	10,8 %
Rating	2014	2013
Langfristig Fitch / S&P / Moody's	A+ ²⁾ / A ³⁾ / n. a.	A+ ²⁾ / A / n. a.
Kurzfristig Fitch / S&P / Moody's	F1+ / A-1 ³⁾ / n. a.	F1+ / A-1 / n. a.

¹⁾ Daten per 1.1.2014 (i. e. Basel III / CRR) ²⁾ Negative Outlook ³⁾ Downgrade auf A- / A-2 per 13.3.2015

Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme der KA Finanz AG (KF) betrug zum 31. Dezember 2014 EUR 7,3 Mrd. (31.12.2013: EUR 8,2 Mrd.). Dies entspricht einer Reduktion im Vergleich zum Vorjahr um EUR 0,9 Mrd. oder 11,2 %. Der Rückgang der Bilanzsumme ist auf bilanzwirksame Portfolioabbaumaßnahmen und Tilgungen (EUR -1,8 Mrd.) zurückzuführen; dem gegenüber standen erhöhte Collateralbestände im Wesentlichen aufgrund des gesunkenen Marktzinsniveaus (EUR +0,3 Mrd.) sowie höhere Liquiditätsreserven bei der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) (EUR +0,3 Mrd.).

Die Forderungen an Kreditinstitute betragen zum 31. Dezember 2014 EUR 2,0 Mrd. (31.12.2013: EUR 1,8 Mrd.); der Anstieg um EUR 0,2 Mrd. ist vor allem auf den bereits zuvor erwähnten Anstieg der Collateralbestände zurückzuführen. Die Forderungen an Kunden beliefen sich auf EUR 2,2 Mrd. (31.12.2013: EUR 2,3 Mrd.). Die Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen reduzierten sich um EUR 1,4 Mrd. bzw. 36,3 % und betragen zum 31. Dezember 2014 EUR 2,4 Mrd. (31.12.2013: EUR 3,8 Mrd.).

Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten reduzierten sich in Folge des CDS-Abbaus von EUR 2,6 Mrd. um EUR 1,9 Mrd. bzw. 71,4 % auf EUR 0,7 Mrd. Darin enthalten ist eine verbleibende EUR 0,5 Mrd.-CDS-Sell-Position mit Referenzschuldner Republik Österreich. Weitere EUR 0,2 Mrd. waren Haftungen (31.12.2013: EUR 0,2 Mrd.).

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel nach Kapitalmaßnahmen

Zum 31. Dezember 2014 betrug der Eigenmittelbestand der KF EUR 581,1 Mio. (1.1.2014: EUR 605,7 Mio.), das harte Kernkapital belief sich auf EUR 403,6 Mio. (1.1.2014: EUR 403,6 Mio.). Auf Basis der risikogewichteten Aktiva von EUR 2,7 Mrd. (1.1.2014: EUR 3,6 Mrd.) ergab sich somit eine Gesamtkapitalquote von 20,9 % (1.1.2014: 16,3 %) und eine harte Kernkapitalquote von 14,5 % (1.1.2014: 10,8 %).

Die Berechnung der Kapitalquoten erfolgt seit dem 1. Jänner 2014 nach den Bestimmungen von Basel III (CRR I / CRD IV). Zur Ermittlung der risikogewichteten Aktiva sowie des operationalen Risikos kommt der Standardansatz zur Anwendung.

Refinanzierungsstruktur / Liquidität

Dem Restrukturierungsplan entsprechend verfolgt die KF das Ziel, die Refinanzierung mit höchstmöglichem Eigenbeitrag und unabhängig von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen darzustellen. Dabei liegt der Fokus auf kurzfristigen Refinanzierungen.

- *Eigenbeitrag zur Refinanzierung*
Zum 31. Dezember 2014 verfügte die KF über ein Refinanzierungsvolumen (ohne Eigenmittel) von insgesamt EUR 6,1 Mrd. (31.12.2013: EUR 7,0 Mrd.). Dabei wurden EUR 4,0 Mrd. (31.12.2013: EUR 3,8 Mrd.) bzw. 65 % (31.12.2013: 55 %) unabhängig von direkten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht. Der Eigenbeitrag konnte damit nach planmäßiger Bedienung der verbliebenen EUR 1,2 Mrd. staatsgarantierten Anleihen unter dem IBSG (Interbankmarktstärkungsgesetz) im Verhältnis zum Refinanzierungsvolumen deutlich erhöht werden; die verbleibenden Liquiditätsgarantien betragen EUR 3,0 Mrd.

- **Kurzfristige Refinanzierungen**

Der Schwerpunkt der Refinanzierungstätigkeiten der KF lag im kurzfristigen Bereich, womit die KF den Parametern des Restrukturierungsplans entsprach. Insgesamt waren zum Stichtag EUR 6,0 Mrd. (31.12.2013: EUR 5,2 Mrd.) kurzfristige Refinanzierungen, bestehend aus Commercial Papers, EZB-Tender, Repo-Refinanzierungen sowie Geldmarkteinlagen, zuzuordnen. An langfristigen Refinanzierungsmitteln (Privatplatzierungen, Darlehen) waren per 31. Dezember 2014 EUR 0,2 Mrd. (31.12.2013: EUR 1,8 Mrd.) aushaftend.

Die Refinanzierungsstruktur entwickelte sich wie folgt:

Tabelle: Refinanzierungsstruktur

Werte in EUR Mrd.	31.12.2014	31.12.2013
Verbriefte Verbindlichkeiten	3,4	5,1
<i>davon staatsgarantiert</i>	2,1	3,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,1	1,6
<i>davon Geldmarkrefinanzierung inkl. EZB-Tender und Repo</i>	2,1	1,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,9	0,4

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2014 zeigte eine erfreuliche Ergebnisentwicklung. Erstmals seit Spaltung im Jahr 2009 wurde ein positives Zinsergebnis erzielt; gleichzeitig reduzierten sich die Haftungsentgelte in Folge der plangemäßen Rückführung von staatlichen Liquiditätsgarantien um EUR 20,0 Mio. auf EUR 19,0 Mio. (2013: EUR 39,0 Mio.) und der Verwaltungsaufwand um EUR 2,9 Mio. auf EUR 13,8 Mio. (2013: EUR 16,7 Mio.). Das Betriebsergebnis verbesserte sich somit um EUR 43,1 Mio. auf EUR -24,5 Mio. (2013: EUR -67,6 Mio.). Die Abbaukosten, insbesondere im CDS-Portfolio, wurden durch eine bereits im Jahresergebnis 2013 enthaltene Rückstellung von EUR 91,1 Mio. gedeckt. Aus Portfolioabbaumaßnahmen konnten zudem Wertaufholungen von EUR 20,3 Mio. realisiert werden. Nach Auflösung der Risikovorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG im Ausmaß von EUR 18,7 Mio. ergibt sich ein ausgeglichenes UGB/BWG-Jahresergebnis nach Steuern (2013: EUR 0,0 Mio.).

Die wesentlichen Faktoren des Ergebnisses 2014 waren wie folgt:

- **Zinsergebnis**

Das Zinsergebnis war mit EUR 11,3 Mio. erstmals seit der Spaltung im Jahr 2009 positiv (2013: EUR -13,2 Mio.); dies resultiert vor allem aus den reduzierten Refinanzierungserfordernissen (in Folge von Portfolioabbaumaßnahmen) sowie deutlich verbesserten Refinanzierungskosten.

- **Provisionsergebnis**

Das Provisionsergebnis (vor Haftungsentgelten) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr EUR -2,8 Mio. (2013: EUR -13,8 Mio.) und enthielt im Wesentlichen Gebühren aus CDS-Absicherungsverträgen; die deutliche Reduktion ist auf die Abbaumaßnahmen im CDS-Portfolio zurückzuführen.

- **Haftungsentgelte an die Republik Österreich**

Im Jahr 2014 wurden Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien von gesamt EUR 19,0 Mio. (2013: EUR 39,0 Mio.) an die Republik Österreich geleistet, wovon EUR 15,3 Mio. staatsgarantierten Commercial Papers, EUR 3,2 Mio. Emissionsgarantien und EUR 0,5 Mio. Haftungsentgelten für übernommene Bürgschaften durch die Republik Österreich zuzurechnen waren.

- *Verwaltungsaufwand*
Der Verwaltungsaufwand der KF betrug 2014 EUR 13,8 Mio. (2013: EUR 16,7 Mio.) und reduzierte sich um EUR 2,9 Mio. bzw. 17,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Verwaltungsaufwand enthält Vergütungen für operative Dienstleistungen an die Kommunalkredit Austria AG (KA) aus dem diesbezüglichen Service Level Agreement (SLA) in Höhe von EUR -9,5 Mio. (2013: EUR -10,2 Mio.).
- *Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen*
Das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen war 2014 insbesondere aufgrund von Wertaufholungen aus Portfoliomaßnahmen sowie der Auflösung der § 57 Abs. 1 BWG-Vorsorge positiv und betrug EUR 10,4 Mio. (2013: EUR -264,9 Mio.).
- *Außerordentliches Ergebnis*
Im außerordentlichen Ergebnis von EUR 14,1 Mio. war die bestimmungsgemäße Verwendung des Restbetrages des im Dezember 2013 gewährten EUR 150 Mio.-Gesellschafterzuschusses für risikominimierende Abbaumaßnahmen des CDS-Portfolios enthalten.

Das Jahresergebnis nach Steuern zum 31. Dezember 2014 ist ausgeglichen. Es ist die Ausschüttungsgrundlage für Ergänzungskapitalinhaber; aufgrund des ausgeglichenen Jahresergebnisses wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2015 keine Zinszahlung auf das Ergänzungskapital erfolgen. In Folge der Herabsetzung des Partizipationskapitals per 31. Dezember 2011 besteht in der KF kein Partizipationskapital mehr. Entsprechende Mitteilungen gemäß § 48d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert und bleiben weiterhin gültig.

NICHT FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Mitarbeiter/innen

Per 31. Dezember 2014 waren im Rahmen einer mit der Kommunalkredit Austria AG (KA) geschlossenen Arbeitskräfteüberlassung 14 Mitarbeiter/innen (exkl. Vorstand) ausschließlich in der KA Finanz AG (KF) tätig; davon fünf Frauen und neun Männer. Darüber hinaus besteht ein Service Level Agreement (SLA) zwischen der KF und der KA, im Rahmen dessen die KF operative Leistungen aus der KA bezieht. Diese werden auf Basis detaillierter Aufzeichnungen drittparteifähig als Sachkosten verrechnet. Entsprechende, von den Organen und der Aufsicht genehmigte Regelungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten bestehen.

Kommunikation

2014 stand die intensive und umfassende Information der Kunden, Marktpartner und Mitarbeiter/innen der KF im Fokus der Kommunikationsmaßnahmen. Umfangreiche Informationsgespräche zum Status und zur Entwicklung der Bank wurden mit Marktpartnern, Ratingagenturen und weiteren Stakeholdern geführt.

ZWEIGNIEDERLASSUNGEN

Die KA Finanz AG (KF) verfügt über keine Zweigniederlassungen.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Bezüglich Forschung und Entwicklung ergeben sich branchenbedingt keine Anmerkungen.

WESENTLICHE EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Mögliche zukünftige Aufnahme eines Teils der Aktiva und Passiva der Kommunalkredit Austria (KA)

Wie mit der Ad-hoc-Mitteilung vom 13. März 2015 mitgeteilt, hat die Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes (FIMBAG), die gemeinsame Aktionärin der Kommunalkredit Austria AG (KA) und der KA Finanz AG (KF), in dem mit Ad-hoc-Mitteilung vom 11. August 2014 angekündigten Teilverkaufsprozess der KA mit einem Käuferkonsortium (Konsortium) – bestehend aus der englischen Interritus Limited, die von Dr. Patrick Bettscheider initiiert wurde, und der irischen Trinity Investments Limited, die vom Londoner Vermögensverwalter Attestor Capital LLP verwaltet wird – einen Kaufvertrag unterzeichnet; dieser sieht u. a. folgende Vereinbarungen vor:

- Die gesamte Betriebsorganisation der KA inkl. aller Töchter wird im Wege einer verhältnismäßigen Abspaltung zur Neugründung gemäß § 1 Abs 2 Z 2 1. Fall Spaltungsgesetz (SpaltG) in eine neu entstehende Gesellschaft (KA Neu) eingebracht. Darin enthalten sind Darlehen und Wertpapiere der bestehenden KA im Ausmaß von ca. EUR 3,5 Mrd. bei einer UGB-Bilanzsumme von ca. EUR 4,3 Mrd.;¹
- der nach dieser Umstrukturierung verbleibende Teil der KA (KA Rest) mit einer Bilanzsumme von ca. EUR 7 Mrd. wird auf die KF verschmolzen werden;
- die Wirksamkeit des Kaufvertrages und die Durchführung der Abspaltung der KA zur Neugründung sowie Verschmelzung der KA Rest auf die KF stehen noch unter einer Reihe aufschiebender Bedingungen und Genehmigungen durch die zuständigen Organe der KF sowie der KA, wie Aufsichtsrat und Hauptversammlung, sowie zuständige Bankaufsichtsbehörden, Europäische Kommission und weitere Behörden.

Der Teilverkauf der KA und der Verkauf der Aktien der FIMBAG an der KA Neu erfolgt in Übereinstimmung mit der Abänderungsentscheidung der Europäischen Kommission vom 19. Juli 2013 sowie der von der FIMBAG am 14. August 2014 veröffentlichten Ausschreibung.

HETA Asset Resolution AG (HETA) – Mandatsbescheid der FMA

Am 1. März 2015 hat die Finanzmarktaufsicht (FMA) in ihrer Funktion als Abwicklungsbehörde gemäß § 3 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) einen Mandatsbescheid erlassen, mit welchem die Fälligkeiten von Schuldtiteln und anderen Verbindlichkeiten der HETA und die Zeitpunkte, zu denen die darauf entfallenden Zinsen zu zahlen sind, bis zum 31. Mai 2016 aufgeschoben werden. Die Entscheidung folgte der Entscheidung des Bundesministers für Finanzen vom 1. März 2015, dass keine weiteren Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) gesetzt werden.

¹ Auf Basis von Daten per 30.9.2014

Die KF hält eine Anleihe im Nominale von EUR 30 Mio., welche mit einer Ausfallsbürgschaft des Bundeslandes Kärnten gemäß § 5 Abs. 2 Kärntner Landesholdinggesetz (K-LHG) besichert ist. Die KF geht von einer hohen Werthaltigkeit der Ausfallsbürgschaft aus; aus Vorsichtsgründen wurde im Jahresabschluss 2014 eine Vorsorge in Höhe von EUR 11,5 Mio. gebildet.

BETEILIGUNGEN

Die KA Finanz AG (KF) verfügt über keine Beteiligungen. Die vormalige Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB) wurde plangemäß am 18. September 2010 mit der KF verschmolzen und der Bankbetrieb geschlossen.

RISIKOBERICHTERSTATTUNG

Überblick

Das primäre Geschäftsziel der KA Finanz AG (KF) ist das Management und der Abbau des nicht strategischen Portfolios der ehemaligen Kommunalkredit vor der Spaltung, unter bestmöglicher Minimierung des Mitteleinsatzes der Republik Österreich sowie möglichst umfangreicher Realisierung von Wertaufholungspotenzialen und Sicherung der Liquidität. Aktives Portfoliomonitoring zur frühzeitigen Erkennung von Risiken, aktives Portfoliomanagement sowie aktives Liquiditätsmanagement gehören daher zu den Kernaufgaben der KF.

Organisation

Die Verantwortung für das Risikomanagement, insbesondere die Festlegung der Risikostrategie, sowie die adäquate Messung, Steuerung und Begrenzung der Risiken liegt beim Vorstand der KF sowie dem Risk Officer der KF.

Die gesamtheitliche Steuerung und Begrenzung der Risiken erfolgt im Rahmen der monatlichen Sitzungen des Risk Management Committees (RMC). Zusätzlich zum RMC werden wöchentlich und im Bedarfsfall öfter tagende Ausschüsse etabliert, insbesondere das Kreditkomitee, in welchem die Portfolioüberwachung und risikorelevante Portfoliomaßnahmenplanung konzentriert sind, sowie das Asset Liability Committee (ALCO) für das operative Liquiditäts-, Zins- und Kapitalmanagement.

Operativ und administrativ wird das Risikomanagement der KF durch Dienstleistungen, insbesondere die Erstellung von Limit- und Risikoreports und Portfolioanalysen, unterstützt, die über das Service Level Agreement (SLA) von der KA bezogen werden.

Spezifische Risiken der KA Finanz

Folgende Risiken werden in der KF im Einzelnen überwacht:

- Kreditrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Operationelles Risiko

Die Position der KF gegenüber diesen Risikoarten sowie ihre jeweilige Strategie zur Messung, Überwachung und Steuerung werden im Folgenden beschrieben.

Kreditrisiko

Kreditrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten, die entstehen, wenn ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die KF unterscheidet folgende Arten des Kreditrisikos: Kontrahenten- bzw. Ausfallrisiko, Bonitätsänderungsrisiko, Konzentrationsrisiko und Länderrisiko.

Das Kreditrisikomanagement der KF baut auf folgenden Grundsätzen auf:

- Die aktive Überwachung des Kreditrisikos zählt zu den Kernaufgaben der KF als Abbaubank.
- Die Entwicklung der bestehenden Kreditrisiken wird laufend überwacht.
- Die Rückführung des Portfolios erfolgt entweder durch Tilgungen zum Laufzeitende, durch Verkäufe bei Erreichen des bzw. Annäherung an den ermittelten wahren wirtschaftlichen Wert, durch frühzeitigen Abbau zur Vermeidung erwarteter Kreditrisiken oder zur Verringerung von Konzentrationsrisiken. Auf die gegebene Kapitalausstattung ist dabei zu achten; entsprechende Entscheidungsschritte werden dokumentiert.

Ratingverfahren

Für die überwiegende Mehrzahl an Kreditnehmern verfügt die KF über Ratings durch externe Ratingagenturen (Moody's, Standard & Poor's, Fitch), die laufend überwacht und aktualisiert werden. Für alle anderen Kunden wird mindestens einmal jährlich auf Basis der letzten Bilanzzahlen ein internes Rating erstellt. Über eine interne Ratingskala (Masterskala) sind sowohl externen als auch internen Ratings Ausfallswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Masterskala wird regelmäßig hinsichtlich ihrer Prognosegüte von Zahlungsausfällen überprüft und gegebenenfalls auf Basis eingetretener unerwarteter Verluste angepasst. Damit können alle Kreditexposures vollständig nach Ausfallswahrscheinlichkeit und Besicherung gegliedert werden.

Kreditexposure

Das risikorelevante Kreditexposure entspricht für den On-Balance-Bestand, insbesondere für Wertpapiere und Darlehen, dem Buchwert (inklusive Zinsabgrenzungen). Für Credit Default Swaps (CDS) entspricht das Kreditexposure dem Nennwert abzüglich Kreditrisikovorsorgen, für Derivate dem positiven Marktwert zuzüglich laufzeit- und produktspezifischer Add-On-Faktoren; CDS und Derivate gehören zum Off-Balance-Bestand.

Bei der Besicherung der Kreditengagements werden finanzielle und persönliche Sicherheiten (Garantien und Haftungen) berücksichtigt. Als finanzielle Sicherheiten werden vor allem Nettingvereinbarungen und Barbesicherungen zur Reduktion des Kontrahentenrisikos berücksichtigt. Erhaltene finanzielle Sicherheiten reduzieren das bestehende Exposure. CDS-Hedges, die laufzeitkonform sind und für die es eine Nettingvereinbarung gibt, reduzieren das bestehende CDS-Exposure ebenfalls. Beim Vorliegen von sonstigen persönlichen Sicherheiten kann das Exposure dem Sicherheitengeber zugerechnet werden. Das Exposure wird dabei je nach Risikoeinschätzung auf den Garantiegeber transferiert und dort im Portfoliomodell und Limitwesen berücksichtigt.

Per 31. Dezember 2014 beträgt das risikorelevante Kreditexposure der KF EUR 5,7 Mrd. (31.12.2013: EUR 8,8 Mrd.), verteilt auf 302 Partner. Davon entfallen EUR 4,0 Mrd. (31.12.2013: EUR 5,5 Mrd.) auf Wertpapiere (Anleihen), EUR 0,7 Mrd. auf Darlehen (31.12.2013: EUR 0,8 Mrd.), EUR 0,4 Mrd. auf CDS und Haftungen (31.12.2013: EUR 2,0 Mrd.) und EUR 0,6 Mrd. auf Derivate (31.12.2013: EUR 0,6 Mrd.). Im Jahr 2014 wurden Risikopositionen durch Tilgungen und Verkäufe im Ausmaß von EUR 3,1 Mrd. bzw. 35,4 % abgebaut, seit Ende 2008 beläuft sich die gesamte Reduktion der Risikoposition damit auf EUR 24,3 Mrd. oder 81,0 % des Ausgangsportfolios von EUR 30 Mrd. Das verbliebene risikorelevante CDS-Sell-Exposure wurde im Jahr 2014 bis auf EUR 539 Mio., die auf die Republik Österreich referenzieren, vollständig abgebaut.

Ratingverteilung

Die Aufstellung der Kreditexposures nach Rating zeigt, dass das Portfolio im Jahr 2014 weiterhin in den oberen Ratingklassen konzentriert ist; 86,1 % des Exposures sind Investmentgrade (BBB oder besser; 31.12.2013: 83,5 %), 32,8 % AAA/AA-geratet (31.12.2013: 28,5 %). Das gewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist A- (Skalierung nach Standard & Poor's/Fitch; 31.12.2013: A-).

Tabelle: Exposureverteilung nach Rating, in EUR 1.000

31.12.2014	Gesamt-exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen	Anzahl Partner
AAA	1.029.362	18,1 %	482.287	538.631	0	33
AA	836.154	14,7 %	405.260	100.000	310.608	65
A	1.942.042	34,1 %	1.354.907	-9.365	72.855	101
BBB	1.092.670	19,2 %	1.013.047	0	42.438	70
BB	411.920	7,2 %	577.727	-230.742	64.871	22
B	228.426	4,0 %	31.703	0	180.180	8
CCC	0	0,0 %	0	0	0	0
D	153.656	2,7 %	153.656	0	0	3
Nicht geratet	0	0,0 %	0	0	0	0
Summe	5.694.230	100,0 %	4.018.587	398.524	670.952	302

Sektorverteilung

Nach Sektoren gegliedert entfallen 47,0 % des Exposures auf die öffentliche Hand (2013: 61,8 %). Das restliche Exposure verteilt sich auf Finanzinstitute (12,3 %; 2013: 11,2 %) sowie Public Sector Entities (PSE), öffentlichkeitsnahe Unternehmen und Verbriefungen (40,7 %; 2013: 27,1 %).

Tabelle: Exposureverteilung nach Sektor, in EUR 1.000

31.12.2014	Gesamt-exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen	Anzahl Partner
Öffentliche Hand	2.675.696	47,0 %	1.732.425	479.487	463.784	93
Finanzinstitute	698.793	12,3 %	125.924	0	27.651	67
Sonstige*	2.319.741	40,7 %	2.160.238	-80.963	179.517	142
Summe	5.694.230	100,0 %	4.018.587	398.524	670.952	302

* Negativer Wert infolge von CDS-Hedges zu Wertpapieren

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen werden vor Abschluss von Geschäften (ausschließlich Absicherungs- und Refinanzierungsgeschäfte) sowie im Zuge der monatlichen Kreditrisikoreports, welche dem RMC berichtet werden, festgestellt. Das Gesamtportfolio wird dabei nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gegliedert (Gliederung nach Ländern, Regionen, Top-100-Kreditnehmern, Rating, Sektoren). Zusätzlich werden Risikokonzentrationen in einzelnen Teilportfolien durch Portfolioanalysen festgestellt und überwacht. Portfolioanalysen umfassen korrelierende regionale und/oder sektorale Risiken oder Risikokonzentrationen und dienen vor allem der Früherkennung, Begrenzung und Aussteuerung von Risikoportfolien unter aktuellen und künftigen Umfeldbedingungen.

Je nach Risikoeinschätzung werden regelmäßig Reviews durchgeführt. Anlassbezogen wird ein Portfolioreview auch ad hoc zwischen den tourlichen Intervallen durchgeführt.

Das Exposure der größten 20 Kunden bzw. Kundengruppen beträgt per 31. Dezember 2014 EUR 2,8 Mrd. oder 48,3 % des Gesamtexposures (31.12.2013: EUR 4,2 Mrd. oder 47,6 %). Da in der KF kein neues Kreditgeschäft eingegangen wird, werden Limitierungen von Konzentrationsrisiken lediglich in Form von Länderlimiten vorgenommen. Alle Portfolien befinden sich grundsätzlich auf Abbau. Per 31. Dezember 2014 sind die Konzentrationsrisiken in Folge der fortgesetzten Abbaumaßnahmen stark zurückgegangen. Während das KF-Portfolio Ende 2010 noch 14 Einzelrisiken größer als EUR 300 Mio. enthielt, davon zwei größer als EUR 1 Mrd. bzw. neun größer als EUR 500 Mio., blieb mit EUR 645,7 Mio. Österreich per 31. Dezember 2014 nur noch eine Risikoposition größer als EUR 300 Mio. bestehen.

Länderrisiko

Kreditexposures von Töchtern und Zweigstellen werden im jeweiligen Sitzland ausgewiesen, nicht im Land der Muttergesellschaft. Das Länderrisiko der KF wird mindestens monatlich im RMC überwacht und quartalsmäßig dem Genehmigungsausschuss des Aufsichtsrats berichtet. Je Land werden Angaben über Länderrating, Exposure je Produktart, erwarteter und unerwarteter Verlust und Limitausnutzung überwacht.

Geografisch verteilt sich der Großteil des Exposures zum 31. Dezember 2014 auf den Euro-Raum (EU-18 inkl. Österreich 40,5 %) sowie die restlichen EU-Staaten (22,0 %; davon 6,0 % CEE und 16,0 % Großbritannien). Das Exposure in sonstigen Staaten beträgt 36,4 %, davon 30,7 % in den USA und Kanada.

Tabelle: Exposureverteilung nach Region per 31.12.2014, in EUR 1.000

31.12.2014	Gesamt-exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen
Österreich	838.422	14,7 %	149.808	538.631	82.464
EU-18 (Euro-Raum ohne Österreich)	1.469.087	25,8 %	1.153.837	-165.742	268.789
EU-Nicht Euro-Raum	1.254.933	22,0 %	786.565	-65.000	293.828
Nicht EU-Europa	60.091	1,1 %	23.236	0	25.554
Sonstige (v. a. USA)	2.071.698	36,4 %	1.905.140	90.635	317
Summe	5.694.230	100,0 %	4.018.587	398.524	670.952

Die zehn größten Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen betragen zum 31. Dezember 2014 EUR 2,4 Mrd. oder 41,3 % des Gesamtportfolios (31.12.2013: EUR 3,7 Mrd. bzw. 41,7 %) und gliedern sich wie folgt:

Tabelle: Die zehn größten Risiken aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen, in EUR 1.000

#	Partner	Exposure per 31.12.2014	Anteil	davon Zentralstaat	davon Gebietskörperschaften	davon staatsgarantiert	davon Wertpapiere	davon CDS / Haftungen	davon Darlehen
1	Österreich	645.673	11,3 %	540.852	0	104.820	107.041	538.631	0
2	Italien	384.821	6,8 %	281.722	103.099	0	384.821	0	0
3	USA	347.117	6,1 %	0	347.117	0	347.117	0	0
4	UK	274.255	4,8 %	0	274.255	0	21.041	0	253.214
5	Polen	195.820	3,4 %	195.820	0	0	195.820	0	0
6	Portugal	179.513	3,1 %	153.639	25.873	0	153.639	5.856	20.018
7	Zypern*	107.447	1,9 %	104.716	0	2.730	0	0	107.447
8	Kanada	93.223	1,6 %	0	93.223	0	93.223	0	0
9	Qatar	91.751	1,6 %	91.751	0	0	91.751	0	0
10	Mexiko	34.043	0,6 %	34.043	0	0	34.043	0	0
Summe Top 10		2.353.663	41,3 %	1.402.544	843.568	107.551	1.428.498	544.487	380.678
Gesamt-Portfolio		5.694.230	100,0 %	1.708.209	967.488	155.821	4.018.587	398.524	670.952

* unter EU-Stützungsmaßnahmen

Von den zehn größten Risikogruppen aus souveränem Obligo, Gebietskörperschaften und staatsgarantierten Positionen von EUR 2,4 Mrd. entfallen EUR 1,3 Mrd. oder 56,0 % auf die Euro-Zone, davon EUR 107 Mio. auf Zypern, das damit das einzige Obligo gegenüber einem Staat unter laufenden europäischen Stützungsmaßnahmen ist. Die KF hat per 31. Dezember 2014 kein Exposure in der Ukraine, das Exposure in Russland beträgt EUR 12,1 Mio.

CDS- und Haftungs-Exposure

2014 wurde das verbliebene risikorelevante CDS-Sell-Exposure mit Ausnahme von EUR 539 Mio., die auf die Republik Österreich referenzieren, vollständig abgebaut. Inklusive CDS-Hedges zu Wertpapierpositionen und Haftungen beträgt das risikorelevante CDS- und Haftungs-Exposure per 31. Dezember 2014 EUR 399 Mio. Das CDS-Portfolio wies zum 31. Dezember 2014 einen positiven Marktwert von EUR 1,2 Mio. auf (31.12.2013: EUR -85,0 Mio.).

Im Rahmen des Collateral Managements wird das CDS-Portfolio täglich bewertet, Marktwertschwankungen werden ausgeglichen; infolge des CDS-Abbaus ist auch das verbliebene Collateral für CDS-Positionen sowie das Potenzial von künftigen Collateral-Erfordernissen aufgrund von Marktwertschwankungen stark reduziert. Auf Basis aktueller Kreditrisiko-Analysen waren keine Drohverlustrückstellungen vorzunehmen.

Kreditrisikovorsorge

Die Vorsorgen für Risiken im Kreditgeschäft umfassen Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken.

Es findet regelmäßig eine Beurteilung statt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kundenengagements oder Engagements einer Gruppe verbundener Kunden vorliegen. Die Beurteilung der Wertminderung findet entweder im Zuge der jährlichen Bonitätsüberprüfung oder anlassbezogen statt. Die Ermittlung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle liegt beim Risikomanagement (Marktfolge), bedarf der Genehmigung des Vorstands und wird dem Aufsichtsrat berichtet.

Die Bestandteile der gebildeten Kreditrisikovorsorgen sind Einzelwertberichtigungen, Vorsorgen nach § 57 Abs. 1 und Abs. 3 BWG und pauschalierte Einzelwertberichtigungen sowie die Bundesbürgschaft. Per 31. Dezember 2014 beträgt der Stand an Einzelwertberichtigungen EUR 69,3 Mio. für Kreditrisiken in Höhe von EUR 218,1 Mio., zusätzlich sind EUR 4,7 Mio. eines Obligos von EUR 9,4 Mio. durch die Republik Österreich verbürgt. Insgesamt bestehen damit für Kreditrisiken in Höhe von EUR 227,5 Mio. Kreditrisikovorsorgen von EUR 74,0 Mio. Dies entspricht einer Bevorsorgungsquote von 32,5 %. Darüber hinaus bestehen pauschalierte Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 0,7 Mio. sowie Vorsorgen gemäß § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR 40,5 Mio. und § 57 Abs. 3 BWG in Höhe von EUR 95,0 Mio. Damit beträgt der Risikopuffer aus Kreditrisikovorsorgen in Summe EUR 210,1 Mio.

Im Gesamtjahr 2014 wurde der Stand an Einzelwertberichtigungen um netto EUR 6,7 Mio. erhöht. Die Ausnutzung der Bundesbürgschaft wurde um EUR 1,0 Mio. reduziert (Werterholung für die Republik Österreich ohne Beanspruchung der Bürgschaft). Pauschalvorsorgen im Ausmaß von EUR 18,8 Mio. wurden GuV-wirksam aufgelöst.

Die KF hat keine finanziellen Vermögenswerte, die zum Ende der Berichtsperiode länger als 90 Tage überfällig, aber nicht im Wert gemindert sind.

Partner mit erhöhtem Kreditrisiko (Watchlist)

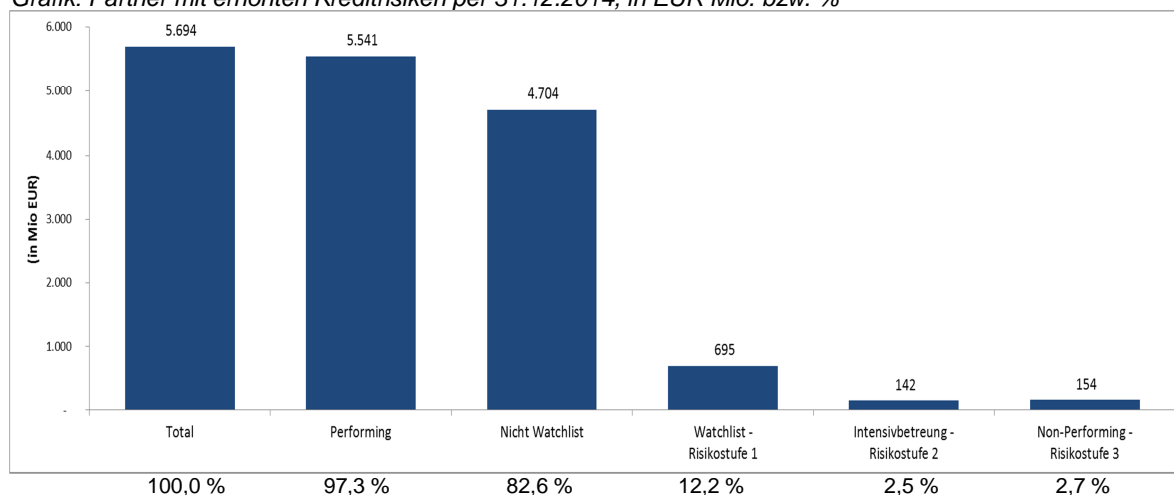
Zur Feststellung und Behandlung erhöhter Kreditrisiken gibt es einen mehrstufigen Risikokontrollprozess, wonach sämtliche Partner in vier Risikostufen eingeteilt werden:

- Stufe 0: Standard-Risikostufe für alle Partner, die nicht unter die nachfolgenden Risikostufen fallen
- Stufe 1: Partner, welche leicht erhöhtes Kreditrisiko bzw. negative Tendenz aufweisen und daher einem engen Monitoring unterliegen
- Stufe 2: Problematische Engagements (Zahlungsrückstände, Kreditminderung) mit Ausnahme von Problemkrediten, bei welchen ein Ausfall gemäß Basel III festgestellt wurde
- Stufe 3: Ausfall gemäß Basel III

Partner der Stufen 1 bis 3 werden in der PameK (Partner mit erhöhtem Kreditrisiko)-Liste geführt, welche laufend aktualisiert und quartalsweise im Kreditkomitee und dem Aufsichtsrat der KF berichtet wird. Die PameK-Liste dient dabei primär der qualitativen Informationsbereitstellung über das Exposure at Risk. Abzuleitende Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand im Rahmen des Kreditkomitees beschlossen. Partner, für die Kreditrisikovorsorgen gebildet werden, werden als Watchlist Stufe 3 klassifiziert; die Darstellung des risikorelevanten Exposures in den Watchlist-Klassen erfolgt, wie oben beschrieben, abzüglich bestehender Kreditrisikovorsorgen.

Das gesamte Exposure der KF zum 31. Dezember 2014 beträgt EUR 5,7 Mrd. (31.12.2013: EUR 8,8 Mrd.). In Summe beträgt das risikorelevante Exposure gegenüber Partnern mit erhöhten Kreditrisiken EUR 1,0 Mrd. bzw. 17,4 % (31.12.2013: EUR 1,7 Mrd.). Hiervon befinden sich EUR 0,7 Mrd. bzw. 12,2 % (31.12.2013: EUR 1,4 Mrd. bzw. 15,6 %) auf der Watchlist Risikostufe 1, wobei es sich in erster Linie um Engagements in den europäischen Peripherie-Staaten handelt. EUR 141,5 Mio. bzw. 2,5 % (31.12.2013: EUR 212,1 Mio. bzw. 2,4 %) werden intensiv betreut (Risikostufe 2); EUR 153,7 Mio. bzw. 2,7 % (31.12.2013: EUR 148,4 Mio. bzw. 1,7 %) sind ausgefallen oder vom Ausfall unmittelbar bedroht (Risikostufe 3). Daraus resultiert eine Non-Performing-Loan-Ratio von 2,7 % (31.12.2013: 1,7 %).

Grafik: Partner mit erhöhten Kreditrisiken per 31.12.2014, in EUR Mio. bzw. %



Sondergestion und Workout

Das Risikomanagement der KF verantwortet die Gestion und den Workout von Kreditengagements in den Risikostufen 2 und 3. Primäres Ziel ist es, einen Kreditausfall durch intensive Betreuung zu vermeiden bzw. nach Ausfall des Partners die Verlustrate möglichst gering zu halten. Per 31. Dezember 2014 befanden sich insgesamt zehn Partner mit einem Kreditexposure von EUR 295,2 Mio in den Risikostufen 2 (EUR 141,5 Mio.) und 3 (EUR 153,7 Mio.).

Unerwarteter Verlust – Portfolio-Kreditrisikomodell

Die Portfoliobetrachtung ist wesentlich für die Quantifizierung des Kreditrisikos. Die KF quantifiziert quartalsweise sowohl das ökonomische Kreditrisiko (Ausfallsrisiko), als auch Bonitätsänderungs- und RWA-Risiken. Dabei werden für die Berechnung rating- und laufzeitabhängige Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) und durchschnittliche historische Verlustquoten (LGD) verwendet.

Der so ermittelte unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres beträgt per 31. Dezember 2014 EUR 122,5 Mio. (bei einem Konfidenzniveau von 99,9 %).

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement ist eine wesentliche Managementaufgabe in der KF. Neben der Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt steht dabei das vorausschauende Management des strukturellen Liquiditätsrisikos im Fokus. Im Jahr 2014 war die Liquiditätssituation der KF infolge fortgesetzter Portfolioabbaumaßnahmen und starker Nachfrage nach KF-Eigenemissionen anhaltend stabil. Auch 2014 wurden, wie eingangs beschrieben, keine neuen Liquiditätsunterstützungen der Republik Österreich benötigt und konnten vorhandene Liquiditätsgarantien planmäßig und ohne Inanspruchnahme zurückgeführt werden.

Liquiditätsrisikomanagement

Die KF zählt zum Liquiditätsrisiko im engeren Sinne jenes Risiko, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum Refinanzierungsrisiko zählt jenes Risiko, zusätzliche Refinanzierungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension unterscheidet die KF zwischen kurzfristigem (bis zu einem Jahr) und langfristigem (ab einem Jahr) Liquiditätsrisiko.

Das Liquiditätsrisikomanagement der KF baut auf folgenden Grundsätzen auf:

- der zeitnahen Überwachung und Steuerung der Liquiditätsposition
- einer angemessenen Limitierung des Liquiditätsrisikos
- einem klaren Prozess zur Liquiditätssicherung im Falle von Liquiditätsengpässen

Dabei beinhaltet die Überwachung des Liquiditätsrisikos:

- das tägliche Monitoring und die operative Steuerung der Liquiditätsposition durch das Treasury
- die dynamische Liquiditätsvorschau (unterjährig) unter bestimmten Szenario-Annahmen inklusive kombinierter Stress-Szenarien
- die statistische Analyse von Liquiditätsgaps (überjährig)
- die Planung der mittel- und langfristigen Refinanzierung
- die Pflege und Weiterentwicklung des Liquiditätsmodells

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko (< 1 Jahr)

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität stehen dem Management kurz- und mittelfristige Liquiditätsszenarien zur Verfügung. In diesen Szenarien werden, neben den vertraglichen Zahlungsströmen, auch erwartete Zahlungsströme aus neuen Emissionen, Geldmarkt- oder Repo-Prolongationen, Kündigungen bestehender Geschäfte sowie der erwartete Liquiditätsbedarf aus der Dotierung von Barsicherheiten, i. e. Collateral, aus CSA-/ISDA-Verträgen berücksichtigt. Die resultierenden Liquiditäts-Gaps werden im kurzfristigen Liquiditätsszenario auf Tagesbasis bzw. danach auf Monatsbasis gesteuert.

Zur Quantifizierung und Limitierung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos wird die Analyse zusätzlich auch für ein kombiniertes Stress-Szenario erstellt und der maximale liquide Zeithorizont („time-to-wall“) in diesem Szenario bestimmt.

Im Jahr 2014 war die Liquiditätssituation der KF aufgrund fortgesetzter, aktiver Portfolioabbaumaßnahmen sowie anhaltend guter Nachfrage nach KF-Eigenemissionen durchgehend stabil. In nachfolgender Tabelle sind die erwarteten Liquiditäts-Gaps, die aus geplanten Maßnahmen zusätzlich realisierbare Liquidität und die Liquiditätsposition nach diesen Maßnahmen per 31. Dezember 2014 für die nächsten zwölf Monate periodisch

dargestellt. Die Liquiditätsposition der KF entspricht der im Restrukturierungsplan festgehaltenen Refinanzierungsstrategie als Abbaubank, d. h. einer Refinanzierung, die überwiegend auf dem Geldmarkt basiert und die mit der Eigentümerschaft der Republik Österreich (nunmehr treuhändig über die FIMBAG) verbundene Kosten- und Flexibilitätsvorteile nützt, dies unter Berücksichtigung eines höchstmöglichen Eigenbeitrags der Bank.

Tabelle: Liquiditätsposition per 31.12.2014, in EUR Mio.

per 31.12.2014	Erwarteter Liquiditäts-Gap	Zusätzlich verfügbare Liquidität	Liquiditätsposition nach Maßnahmen
Bis zu einem Monat	-1.254	1.832	578
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	-1.104	1.000	-104
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	-2.658	2.330	-328
Summe (bis zu einem Jahr kumuliert)	-5.016	5.163	147

Langfristiges Liquiditätsrisiko (≥ 1 Jahr)

Zur Liquiditätssteuerung und zur strukturellen Analyse der Liquiditätsrisikoposition verwendet die KF eine detaillierte Analyse der erwarteten Zahlungsströme für die Gesamtlaufzeit aller On- und Off-Balance-Geschäfte. Die Überhänge aus Ein- und Auszahlungen werden auf periodischer und kumulierter Ebene überwacht und sind die Basis für die strategische Liquiditätsaussteuerung im Rahmen des RMC.

Organisation und Berichtswesen

Das strukturelle Liquiditätsrisiko wird auf Vorstandsebene im monatlichen RMC besprochen. Im wöchentlichen ALCO wird das operative Liquiditätsrisiko anhand der dynamischen Liquiditätsvorschau unter verschiedenen Szenario-Annahmen überwacht und entsprechend gesteuert. Auch die Einhaltung der Liquiditätsrisiko-Limite wird im Rahmen des ALCO überwacht. Darüber hinaus wird täglich eine aktualisierte Liquiditätsvorschau einschließlich der Einschätzung zusätzlich erforderlicher sowie realisierbarer Liquidität erstellt und an den Treasury-Vorstand sowie das Risikomanagement der KF berichtet.

Basel III – Liquiditätskennzahlen

Per Stichtag 31. März 2014 hat die KF erstmals die Liquidity Coverage Ratio (LCR) und die Net Stable Funding Ratio (NSFR), gemäß den regulatorischen Anforderungen der im Juni 2013 in Kraft getretenen CRR, an die Aufsicht gemeldet. Die technische Implementierung wurde seit Ende 2011 vorbereitet, Anpassungen der regulatorischen Vorgaben können flexibel in die technische Lösung integriert werden. Bei beiden Kennzahlen handelte es sich 2014 lediglich um Meldeerfordernisse; ab 1. Oktober 2015 ist eine LCR von zumindest 60 % verpflichtend, dieses Kriterium wird bereits durchgehend erfüllt, Mindestgrößen für die NSFR sind voraussichtlich ab 2018 zu erfüllen.

Marktrisiko

Marktrisiken entstehen aus potenziellen Veränderungen von Risikofaktoren, die zu einer Verringerung des Marktwertes der von diesen Risikofaktoren abhängigen Finanzpositionen führen können.

Die für die Bewertung des KF-Portfolios mit Abstand wichtigsten Marktrisikofaktoren sind Credit-Spreads und Zinsen. Da im Sinne des Restrukturierungsplans grundsätzlich ein Abbau des Portfolios über Tilgungen erfolgen soll, ist ein Großteil des Portfolios im Hinblick auf die zugrundeliegende Portfoliostruktur dem Anlagevermögen gewidmet. Änderungen von Marktparametern sind daher größtenteils nicht GuV-relevant.

Im Einzelnen werden in der KF folgende Marktrisiken überwacht und gesteuert:

- Zinsrisiko
- Credit-Spread-Risiko
- Wechselkursrisiko
- Optionsrisiko
- Basisrisiko

Zinsrisiko

Bei der Messung, Steuerung und Begrenzung von Zinsrisiken unterscheidet die KF zwischen dem periodenorientierten, kurzfristigen Repricing-Risiko und dem barwertorientierten, langfristigen Zinsänderungsrisiko. Ersteres ist das Risiko eines Rückgangs des Nettozinsertrags, zweiteres das Risiko von Barwertverlusten aufgrund von Zinsänderungen.

Zum Zweck der effizienten Überwachung und Begrenzung des Zinsrisikos verfügt die KF über Analyseinstrumente, welche die gezielte Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos und des periodischen Nettozinsertragsrisikos ermöglichen. Insbesondere werden Zins-Gap-Strukturen (Zinsbindungsablaufbilanz) und Barwertsensitivitäten je Währung und Laufzeitband analysiert, Value-at-Risk (VaR)-Modelle auf Basis von historischen Volatilitäten und Korrelationen berechnet und verschiedene Zinsszenarien simuliert.

Die folgende Tabelle stellt das barwertige Zinsänderungsrisiko der KF bei einem Parallel-Shift der Zinskurve um 1 Basispunkt (DV01) für die Hauptwährungen per 31. Dezember 2014 in TEUR dar. Dabei werden bei der Ermittlung der Barwerte rating- und laufzeitabhängige, mittlere Ausfallraten unterstellt.

Tabelle: Zinssensitivitäten per 31.12.2014, in EUR 1.000

	EUR	USD	GBP	CAD	Sonstige	Gesamt
DV01	+192	+41	+671	+13	+10	+927

Tabelle: Zinssensitivitäten per 31.12.2013, in EUR 1.000

	EUR	USD	GBP	CAD	Sonstige	Gesamt
DV01	+131	+89	+456	+1	+24	+700

Für die Berechnung des Zins-VaR (Haltedauer 20 Handelstage, Konfidenzintervall 99,9 %) werden gleichgewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen (Beobachtungszeitraum 150 Tage) verwendet. Der berechnete Zins-VaR berücksichtigt den gesamten Geschäftsbestand der KF, jedoch nicht das Eigenkapital (eingezahltes Kapital und Rücklagen). Per 31. Dezember 2014 betrug der Zins-VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 20 Handelstage) EUR 40,7 Mio.

Die Zinsrisikoposition wird im Rahmen des RMC zumindest monatlich überwacht und angesteuert.

Zusätzlich zum monatlichen Reporting im RMC findet die zeitnahe, operative Steuerung des kurzfristigen Zins- und Repricingrisikos im wöchentlichen ALCO statt.

Credit-Spread-Risiko

Als Credit-Spread-Risiko betrachtet die KF das Risiko von Marktwertverlusten aufgrund von Credit-Spread-Änderungen. Steigende Credit-Spreads verursachen Marktwertverluste bei Wertpapieren, Darlehen und CDS. Die Credit-Spread-Sensitivität stellt den Marktwertverlust für das Szenario einer Ausweitung aller Credit-Spreads um +1bp dar.

Per 31. Dezember 2014 betrug die Credit-Spread-Sensitivität für das CDS- und Haftungs-Portfolio EUR -0,1 Mio. (31.12.2013: EUR -0,6 Mio.), für das Wertpapierportfolio EUR -4,5 Mio. (31.12.2013: EUR -4,3 Mio.) und für das Darlehensportfolio EUR -0,9 Mio. (31.12.2013: EUR -0,7 Mio.). Der Rückgang der Spread-Sensitivität im CDS-Portfolio seit Ende 2013 ist auf den Portfolio-Abbau zurückzuführen, der Anstieg im Wertpapier- und Darlehensportfolio trotz Portfolio-Abbaus auf das gesunkene Zinsniveau.

Wechselkursrisiko

Die grundsätzliche Risikostrategie der KF ist es, keine offenen Wechselkurspositionen einzugehen. Dazu werden alle Investitionen in Fremdwährung mittels Währungsswaps abgesichert oder währungskonform refinanziert.

Zur operativen Steuerung der offenen Devisenpositionen besteht ein System, das sowohl Auszahlungen und Tilgungszahlungen, als auch Zins-, Provisions- und Agioabgrenzungen sowie Ausgleichsbeträge aus Derivatgeschäften berücksichtigt. Das Wechselkursrisiko wird täglich überwacht und ausgesteuert. Für die Berechnung des FX-VaR (Haltedauer 1 Handelstag, Konfidenzintervall 99 %) werden exponentiell gewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen der Wechselkurse mit einem zurückliegenden Beobachtungszeitraum von 400 Tagen verwendet. Per 31. Dezember 2014 betrug die über alle Fremdwährungen kumulierte offene Devisenposition TEUR 396,0, der diversifizierte FX-VaR TEUR 3,0 (31.12.2013: TEUR 3,5).

Die folgende Tabelle zeigt die Netto-Währungsswapposition per 31. Dezember 2014.

Tabelle: Netto-Währungsswapposition per 31.12.2014, in EUR Mio.

	USD	CHF	JPY	GBP	Sonstige	Gesamt
Netto-Position	-564	33	0	-415	-58	-1.004

Optionsrisiko

Optionsrisiko besteht in der KF ausschließlich bei in einem Grundgeschäft (eigene Emission, Bond oder Swap) eingebetteten Optionen. Zur Messung und Begrenzung von nicht vollständig abgesicherten Optionsrisiken wird eine Szenario-Matrix aus Volatilitäts- und Zinsänderungen bewertet. Das jeweils schlechteste Ergebnis dieser Szenarien (Worst-Case-Szenario) wird überwacht und limitiert.

Per 31. Dezember 2014 betrug das Optionsrisiko, gemessen als Optionswertveränderung im Worst-Case-Szenario der Szenario-Matrix, EUR -0,3 Mio. (31.12.2013: EUR -0,4 Mio.).

Basisrisiko

Basisrisiko besteht in der KF als das Risiko von Barwertverlusten oder Nettozinsertragseinbußen aufgrund geänderter Basisswap-Spreads. Basisswap-Spreads sind der Ausgleich zwischen den zwei variablen Seiten eines kurzlaufenden Zinsswaps (Basisswap) mit unterschiedlichen Indikatoren, z. B. 3-Monats-Libor gegen 6-Monats-Libor.

Basisswap-Spreads haben Auswirkung auf die Bewertung von allen Finanzinstrumenten, die an Zinsindikatoren gebunden sind (z. B. variabel verzinsten Wertpapiere, Zinsswaps). Zur Messung der Basisrisiken werden die Barwertsensitivitäten, d. h. die Auswirkung einer Ausweitung des entsprechenden Basisswap-Spreads um +1bp auf die Marktbewertung, berechnet.

Per 31. Dezember 2014 betrug die gesamte Barwertsensitivität bezüglich Libor-Basis-Spreadänderungen EUR -2,4 Mio. (31.12.2013: EUR -2,7 Mio.).

Operationelles Risiko & Business Continuity Management

In der KF wird operationelles Risiko als die Möglichkeit von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse definiert. Auch das Rechtsrisiko ist Teil des operationellen Risikos. Externe Ereignisse, die rein den Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko oder sonstigem Risiko zuzuordnen sind und keinen operationellen Hintergrund haben, fallen nicht unter diese Definition. Ziel des Operationellen Risikomanagements (ORM) ist es, aus dem ORM-Prozess einen Mehrwert für die Bank zu generieren.

Die Verantwortlichkeiten im ORM-Prozess liegen beim Operational Risk Officer der KF. In Abstimmung mit dem Operational Risk Officer ernannt das Management Operational Risk Correspondents (ORC) in den Bereichen, die als Ansprechpartner das Bindeglied zum Operationellen Risikomanagement darstellen und den ORM-Prozess unterstützen. Zusätzlich erhält der Operational Risk Officer der KF entsprechend den Vereinbarungen aus dem SLA regelmäßig Berichte zu Ereignissen aus operationellem Risiko.

Für das Management operationeller Risiken stehen die Operationelle Ereignisdatenbank sowie Risk & Control Self Assessments zur Verfügung. Die Operationelle Ereignisdatenbank zeigt realisierte Gewinne/Verluste aufgrund operationeller Ereignisse. Diese werden in der Datenbank erfasst und nach Beurteilung durch die Linienverantwortlichen monatlich an den Vorstand berichtet. Operational Risk & Control Self Assessments stellen die zukunftsbezogene Sichtweise dar. Risiken werden identifiziert und einer subjektiven Bewertung auf ihren Risikogehalt hin unterzogen. Die Assessments werden in der KF als Coached Self Assessments durchgeführt, d. h., die Einschätzung und Beurteilung einzelner Risiken erfolgt durch die Bereiche. Die Ergebnisse aus der Ereignisdatenbank dienen dabei als Input und Feedbackschleife zur Neubewertung von Risiken.

Das Management wird monatlich in den RMC-Meetings sowie quartalsweise in der Vorstandssitzung über operationelle Risiken informiert.

Das Business Continuity Management (BCM) stellt ein umfassendes, angemessenes und effizientes betriebliches Kontinuitätsmanagement sicher. Das Kontinuitätsmanagement beinhaltet die Erstellung und das Management der Kontinuitäts- und Wiederanlaufpläne sowie die Umsetzung von abgeleiteten Maßnahmen zur Reduktion von Unterbrechungen kritischer Geschäftsprozesse. Dazu zählt auch das Bereitstellen von Krisenarbeitsplätzen für den Fall, dass die Räumlichkeiten der KF nicht zur Verfügung stehen. Im Frühjahr 2014 führte das BCM-Team diesbezügliche Schulungen für Mitarbeiter/innen und das Krisenmanagementteam durch. Im Sommer 2014 fand die jährliche Krisenübung zur Überprüfung der Funktion des BCM statt. Dabei wurden sowohl die Krisenpläne getestet und das Ausfallrechenzentrum aktiviert, als auch die neuen Krisenarbeitsplätze erfolgreich in Betrieb genommen. Im Herbst 2014 wurde das jährliche Ressource Assessment durchgeführt, wo die Geschäftsprozesse und die IT-Services hinsichtlich ihrer Kritikalität und der benötigten Wiederherstellungszeit im Krisenfall beurteilt werden. Im Zuge dessen wurden auch die Krisenpläne überarbeitet.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über das SLA an die KA ausgelagert. Etwaige daraus entstehende Risiken sind gemäß SLA durch Haftungsübernahme durch die KA abgedeckt (Schadensfälle über EUR 10.000 bei grober Fahrlässigkeit).

Regulatorische Mindesteigenkapitalanforderungen

Seit dem 1. Dezember 2010 verwendet die KF nach Bewilligung des Ansatzwechsels durch die FMA (Finanzmarktaufsicht) für alle Forderungsklassen den Standardansatz.

Für das operationelle Risiko kommt ebenfalls der Standardansatz zur Anwendung.

ICAAP

Der ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) ist ein Kernelement der Säule 2 des Basler Akkords und umfasst alle Verfahren und Maßnahmen zur Identifizierung, Messung und Steuerung der eingegangenen Risiken sowie zur Sicherung einer angemessenen Kapitalausstattung.

Zur quantitativen Beurteilung einer angemessenen Kapitalausstattung bedient sich die KF methodisch der sogenannten Risikotragfähigkeitsanalyse. Es werden derzeit abhängig vom Absicherungsziel drei Steuerungskreise unterschieden:

- *Regulatorische Sicht (Regulatorischer Steuerungskreis)*

Absicherungsziel ist die Sicherstellung der Einhaltung des regulatorischen Mindesteigenmittelerfordernisses. Dazu wird der regulatorische Kapitalbedarf den regulatorischen Eigenmitteln gegenübergestellt.

- *Liquidationssicht (Ökonomischer Steuerungskreis)*

In der Liquidationssicht werden die ökonomischen Risiken der Bank gemessen. Im Unterschied zum regulatorischen Steuerungskreis werden hier auch Liquiditäts- und Marktrisiken berücksichtigt. Zur Quantifizierung des ökonomischen Risikos werden in der KF insbesondere Value-at-Risk-Ansätze angewendet (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 1 Jahr). Das so ermittelte ökonomische Risikokapital wird der ökonomischen Risikodeckungsmasse gegenübergestellt, die im Fall der KF gleich den regulatorischen Eigenmitteln ist. Per 31. Dezember 2014 beträgt der Kapitalpuffer in der Liquidationssicht EUR 226 Mio. bzw. 39 % der Eigenmittel (31.12.2013: EUR 215 Mio. bzw. 37 % der Eigenmittel).

- *Going-Concern-Sicht (Operatives Kapitalmonitoring)*

Das operative Kapitalmonitoring als Going-Concern-Steuerungskreis der KF stellt auf die Einhaltung einer harten Kernkapitalquote von mindestens 7 % ab. Erwartbare laufende Verluste sollen abgedeckt werden, ohne dass die Mindestkernkapitalquote von 7 % innerhalb der nächsten zwölf Monate unterschritten wird. Dafür wird eine GuV-orientierte Quantifizierung der Risiken (Kredit-, Markt-, Liquiditätsrisiken sowie operationelles Risiko) unter verschiedenen (Stress-)Szenarien verwendet. Ausgehend von einer Common Equity Tier 1-Ratio von 14,5 % per 31. Dezember 2014 steigt die Common Equity Tier 1-Ratio im Base Case über die nächsten zwölf Monate auf 14,6 % und fällt im Moderate Stress Case auf 13,4 %; in beiden Szenarien wird also das Ziel einer Mindestkernkapitalquote von 7 % eingehalten.

INTERNES KONTROLLSYSTEM (IKS)

Einleitung

Ziel des Internen Kontrollsystems (IKS) ist es, das Management in der Umsetzung effektiver und sich ständig verbessernder interner Kontrollen in Hinblick auf die Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften, der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, der Zuverlässigkeit der betrieblichen Information sowie die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Prozesse zu unterstützen. Das IKS ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften und andererseits auf die Schaffung von erforderlichen Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung ausgerichtet. Zu den wesentlichen Zielsetzungen gehört die Sicherstellung einer korrekten und transparenten Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Sicherstellung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften. Das IKS der KA Finanz AG (KF) besteht aus den fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die Mitarbeiter/innen operieren.

Zentrale organisatorische Grundprinzipien sind die Vermeidung von Interessenkonflikten durch strikte Trennung von Markt und Marktfolge, die transparente Dokumentation von Kernprozessen und Kontrollschritten sowie eine konsequente Anwendung des Vier-Augen-Prinzips.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über ein Service Level Agreement (SLA) an die Kommunalkredit Austria AG (KA) ausgelagert. Dies betrifft insbesondere auch das Rechnungswesen, Meldewesen und die damit verbundenen Rechnungslegungs- und Meldewesenprozesse inklusive der damit verbundenen Kontrollen im Sinne des IKS. Alle im Rahmen des SLA ausgelagerten Tätigkeiten und daraus resultierende Ergebnisse liegen jedoch in der Letztverantwortung der Organe der KF. Eine wesentliche Zusatz-Kontrollfunktion hinsichtlich der Abnahme der Leistungen aus dem SLA nimmt der dazu implementierte Operating Officer wahr, der für die Sicherstellung der Vollständigkeit und Adäquanz der erbrachten Leistungen der KA für die Erfordernisse der KF mit dem Vorstand verantwortlich ist.

Leistungen der Internen Revision werden via SLA von der KA bezogen. Sie überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in allen Bereichen. Die Leiterin der Internen Revision ebenso wie der Compliance Officer berichten direkt an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikobeurteilung

Das Risikomanagement der KF hat das Ziel, alle identifizierbaren Risiken zu erfassen und gegebenenfalls Maßnahmen zu deren Abwehr und Verhinderung einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Risiken einer wesentlichen Fehldarstellung bei der Abbildung von Transaktionen. Das Risikomanagementsystem umfasst alle Prozesse, die dazu dienen, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten. Risiken werden durch das Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich beurteilt wurden. Die von den zuständigen Stellen durchgeführten internen Kontrollmaßnahmen werden regelmäßig evaluiert.

Kontrollmaßnahmen

In der KF besteht ein Regelungssystem, welches Strukturen, Prozesse, Funktionen und Zuständigkeiten sowie damit verbundene Kontrollaktivitäten innerhalb des Unternehmens festlegt. Dieses bestimmt explizit, wie mit Arbeitsanweisungen oder Arbeitsrichtlinien umzugehen ist bzw. wie diese zu befolgen sind. Dies betrifft auch die Informationsverarbeitung, die Dokumentation der gesendeten und empfangenen Informationen sowie die Vermeidung von Fehlern bei Transaktionen. Zusätzlich zum Vorstand und Aufsichtsrat umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die Managementebene der KF (Risk Officer, Portfolio Officer und Operating Officer) und Leistungen, die via SLA von der Internen Revision der KA bezogen werden.

Es wird darauf geachtet, dass sämtliche Kontrollmaßnahmen so umgesetzt werden, dass sichergestellt ist, dass Fehlern oder Abweichungen vorgebeugt bzw. diese aufgezeigt und korrigiert werden.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen wesentlichen Teil des IKS dar. Auf die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen und strikte Beachtung des Vier-Augen-Prinzips wird streng geachtet.

Information und Kommunikation

In der KF berichten der Risk Officer, der Portfolio Officer und der Operating Officer an den Vorstand, welcher seinerseits regelmäßig u. a. Monats- und Quartalsergebnisse an den Aufsichtsrat berichtet. Im Zusammenhang mit der Darstellung und Vermeidung von Interessenkonflikten wird auch regelmäßig an den Aufsichtsrat berichtet.

Dem Aufsichtsrat wird auch ansonsten regelmäßig umfassend berichtet. Hier beinhaltet der Informationsfluss die Rechenwerke (Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung inklusive Kommentierung der wesentlichen Entwicklungen, Kapitalplanungsrechnungen) des Unternehmens, wie auch Berichte und Analysen zum Risiko- und Portfoliomanagement. Der Eigentümer, die Investoren und Marktpartner sowie die Öffentlichkeit werden durch den Halbjahresfinanzbericht und den Jahresfinanzbericht informiert. Darüber hinaus wird den Erfordernissen von Ad-hoc-Meldungen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen entsprochen.

Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern/innen des Rechnungswesens, dem Operating Officer und dem Vorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates einer abschließenden Prüfung in Abstimmung mit dem Wirtschaftsprüfer unterzogen.

Durch die Überwachung der Einhaltung sämtlicher Regeln sollen eine möglichst große Sicherheit aller betrieblichen Abläufe und Prozesse und ein Einklang mit den bankweiten Vorschriften erlangt werden. Wenn Risiken und Kontrollschwächen aufgedeckt werden, werden Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen von den Verantwortlichen zeitnah erarbeitet und die Umsetzung durch Follow-up-Maßnahmen überwacht.

Um die Einhaltung der Vorschriften und Vorgaben auf Bankebene gewährleisten zu können, wird diese gemäß dem jährlich zu erstellenden Plan der Internen Revision zusätzlich überprüft.

COMPLIANCE UND GELDWÄSCHE

Der von der KA Finanz AG (KF) unterzeichnete Standard Compliance Code der österreichischen Kreditwirtschaft (SCC) enthält konkrete sowie über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgehende Anforderungen betreffend den fairen Umgang mit den Kunden und die Sicherung ihres Vertrauens.

Die KF verfügt über eine den gesetzlichen Bestimmungen und dem SCC entsprechende interne Compliance-Ordnung und eine Compliance-Organisation unter Leitung eines Compliance-Verantwortlichen. In Übereinstimmung mit dem SCC liegt der Schwerpunkt der Compliance-Ordnung der KF in der Verhinderung des Missbrauchs von Information, etwa durch Insiderinformationen oder Marktmanipulation. Darüber hinaus soll durch die Compliance-Organisation der KF die Verletzung jeglicher gesetzlicher oder interner Anforderungen schon im Vorfeld verhindert werden, um so möglichen Gefahren für die Reputation des Unternehmens zu begegnen. Seitens Compliance werden auch die Aktualität der Compliance-Ordnung und ihre Einhaltung unternehmensweit sichergestellt. Der Compliance-Verantwortliche der KF ist Ansprechstelle für alle Mitarbeiter/innen und informiert diese regelmäßig über die geltenden Anforderungen.

Der Compliance-Verantwortliche ist als Geldwäschebeauftragter auch für die Einhaltung der in §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz (BWG) normierten „Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“ verantwortlich.

Public Corporate Governance Kodex des Bundes

Ende Oktober 2012 hat die Österreichische Bundesregierung den Public Corporate Governance Kodex des Bundes (B-PCGK) beschlossen. Der B-PCGK bezieht sich auf Unternehmen, deren direkter oder indirekter Mehrheitsgesellschafter die Republik Österreich ist; der Kodex ist daher für die KF relevant. Die KF bekennt sich zu den im B-PCGK festgelegten Grundsätzen und hat diesen mit Beschluss in der Hauptversammlung von 28. Mai 2013 implementiert. Ein entsprechender auf den Anforderungen des B-PCGK basierender Governance-Bericht ist einmal jährlich durch die Geschäftsleitung zu veröffentlichen. Der Bericht ist auf der Homepage der KF unter „Investor Relations“ abrufbar.

PROGNOSEBERICHT

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld des Geschäftsjahres 2014 war insbesondere von den geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Federal Reserve Bank (FED) sowie der schwachen Konjunkturdynamik im europäischen Raum einerseits und einer zunehmenden Wachstumsdynamik in den USA andererseits geprägt. Maßnahmen der EZB wie das EUR 400 Mrd.-Kreditpaket für Banken („Targeted Long Term Refinancing Operations“ – TLTROs) sowie der ab März 2015 laufende monatliche Ankauf von EUR 60 Mrd.-Staatsanleihen (Quantitative Easing, geplantes Gesamtausmaß EUR 1.140 Mrd.), sollen zur Konjunkturbelebung in der Euro-Zone beitragen. Ebenso könnten der niedrige Rohölpreis sowie der schwache Euro eine Konjunkturaufhellung in der Euro-Zone unterstützen. Die USA zeigen, auch nach Einstellung der Staatsanleihekäufe der FED im Herbst 2014, deutlich positive Wirtschaftsparameter. Gegenwärtig wird von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, für das Jahr 2015 ein Wachstum von 0,9 % in der Euro-Zone (EU 1,3 %) sowie 3,1 % in den USA erwartet. Die Prognose für Österreich liegt mit 0,4 % unter dem europäischen Durchschnitt.

Von den Maßnahmen der EZB haben insbesondere die europäischen Peripheriestaaten profitiert, die mit Ausnahme von Zypern nunmehr alle an den Kapitalmarkt zurückgekehrt sind. Damit hat sich die Schuldensituation im Euro-Raum weitgehend stabilisiert; auch wenn über die weitere Umsetzung der Reformmaßnahmen in Griechenland, nach vorläufiger Verlängerung des Hilfsprogramms bis Mitte 2015, noch Unsicherheit besteht.

Die Risikokonzentrationen der KA Finanz AG (KF) sind nach den im Jahr 2014 erfolgten Abbaumaßnahmen insbesondere in den Peripheriestaaten deutlich reduziert. So bestanden außerhalb Österreichs keine souveränen Risiken mehr über EUR 300 Mio. Insgesamt betrug das Risikoexposure der KF mit Ende 2014 EUR 5,7 Mrd., davon waren EUR 0,6 Mrd. Absicherungsderivate und EUR 0,6 Mrd. Obligo gegenüber der Republik Österreich. EUR 4,9 Mrd. bzw. 86,0 % lagen im Investmentgrade-Bereich (BBB- oder besser).

Gleichzeitig verfügt die KF mit einer Common Equity Tier 1-Ratio von 14,5 % bzw. einer Gesamtkapitalquote von 20,9 % über eine solide Kapitalbasis, auf deren Basis die Einhaltung der Basel III-Kapitalanforderungen sichergestellt ist. Im Liquiditätsmanagement bleibt, nach plangemäßer Tilgung der letzten unter dem IBSG (Interbankmarktstärkungsgesetz) emittierten staatsgarantierten EUR 1,2 Mrd.-Anleihen, die unter dem FinStaG (Finanzmarktstabilitätsgesetz) begebene EUR 3 Mrd.-Garantiefazilität der Republik Österreich bestehen. Dies ermöglicht den Zugang zu kostengünstigen Geldmarktrefinanzierungen und soll auch weiterhin im Liquiditätsmanagement genutzt werden.

Am 13 März 2015 hat die Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes (FIMBAG), die gemeinsame Aktionärin der Kommunalkredit Austria AG (KA) und der KF, mit einem Käuferkonsortium (Konsortium) – bestehend aus der englischen Interritus Limited und der irischen Trinity Investments Limited – einen Kaufvertrag über einen Teilverkauf der KA unterzeichnet; dieser sieht vor, dass die gesamte Betriebsorganisation der KA inkl. aller Töchter im Wege einer verhältnismäßigen Abspaltung zur Neugründung gemäß § 1 Abs 2 Z 2 1. Fall SpaltG in eine neu entstehende Gesellschaft (KA Neu) mit einer UGB-Bilanzsumme von ca. EUR 4,3 Mrd.² eingebracht wird. Der verbleibende Teil der KA (KA Rest) mit einer Bilanzsumme von ca. EUR 7 Mrd. wird auf die KF verschmolzen werden. Entsprechende Ad-hoc-Meldungen der KF wurden am 11. August 2014 sowie 13. März 2015 veröffentlicht.

² Auf Basis von Daten per 30.9.2014

Die KF wird, im Falle eines Closing der oben beschriebenen Verkaufstransaktion, auch weiterhin im Eigentum der Republik Österreich (treuhändig gehalten durch die FIMBAG) verbleiben. Mit der Übernahme des aktiv- und passivseitigen KA-Rest-Portfolios wird sich die Bilanzsumme der KF von derzeit EUR 7,3 Mrd. auf rund EUR 14 Mrd. erhöhen; gleichzeitig werden entsprechende Eigenmittel übertragen, sodass die stabile Kapitalsituation mit einer harten Kernkapitalquote von rund 14 % bzw. einer Gesamtkapitalquote von rund 19 % verbleibt. Passivseitig werden EUR 2,7 Mrd. Covered-Bond-Anleihen samt dem dazugehörenden Deckungsstock übertragen und damit die Refinanzierungsbasis erweitert. Das Service Level Agreement (SLA), unter welchem die KF operative Dienstleistungen aus der KA bezieht, bleibt bestehen.

Die Wirksamkeit des Kaufvertrages und die Durchführung der Abspaltung der KA zur Neugründung sowie Verschmelzung der KA Rest auf die KF stehen noch unter einer Reihe aufschiebender Bedingungen und Genehmigungen durch die zuständigen Organe der KF sowie der KA, wie Aufsichtsrat und Hauptversammlung, sowie zuständige Bankaufsichtsbehörden, Europäische Kommission und weitere Behörden. Ein Closing der Transaktion wird bis Ende des zweiten Quartals 2015 angestrebt.

Angesichts der mit Übergang vom Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 auf das ESVG 2010 erfolgten Reklassifizierung der KF zum Sektor „Staat“ durch Eurostat wird die KF seit 30. September 2014 (rückwirkend ab 2009) im Ausmaß ihrer Finanzverbindlichkeiten in die Staatsschuld eingerechnet. Bei einer Verschmelzung der KA Rest mit der KF würde sich damit auch eine Erhöhung der Zurechnung zur Staatsschuld von EUR 6,6 Mrd. per 31. Dezember 2014 um ca. EUR 5,4 Mrd. auf EUR 12 Mrd. ergeben; mit dem Abbau der Aktiva wird ein entsprechend positiver Effekt auf die Staatsschuld entstehen.

Die KF erwartet für 2015 kein positives Jahresergebnis. Daher werden auch in Zukunft keine Ausschüttungen an bestehende Genussrechte erfolgen; dies entspricht der Ad-hoc-Meldung der KF vom 17. November 2009 gemäß § 48d Börsegesetz; diese Meldung ist nach wie vor aufrecht.

Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der KF werden sich den gestellten herausfordernden Aufgaben wie bisher mit großem Engagement und hohem Einsatz widmen.

Wien, 20. März 2015

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender



Dr. Helmut Urban
Mitglied des Vorstands

BERICHT DES AUFSICHTSRATS AN DIE HAUPTVERSAMMLUNG

Die KA Finanz AG (KF) ist seit der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG mit Wirksamkeit 28. November 2009 für den Abbau des bei Verstaatlichung 2008 bestehenden, nicht strategischen Wertpapier- und Credit Default-Portfolios zuständig. Der Abbau erfolgt unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts. Das Risikoportfolio wurde auch im Jahr 2014 durch bewusst gesetzte Abbaumaßnahmen und Tilgungen, unter Nutzung einer verbesserten Marktverfassung, um insgesamt EUR 3,2 Mrd. reduziert. Seit Beginn der Restrukturierung im November 2008 konnte das Risikoportfolio per 31. Dezember 2014 somit um EUR 24,3 Mrd. oder 81,0 % reduziert werden. Das gesamte risikorelevante Portfolio wurde damit auf EUR 5,7 Mrd. verringert. Die Bilanzsumme beträgt per 31. Dezember 2014 EUR 7,3 Mrd.

Es ist von der Republik Österreich beabsichtigt, im Zuge des Teilverkaufs der Kommunalkredit Austria AG (KA) jenen Teil der KA, der EU-Auflagen entsprechend nicht verkauft wird, in die KF zu übertragen. Ein Kaufvertrag zur Umsetzung des Teilverkaufs der KA wurde am 13. März 2015 unterzeichnet, in dem u. a. folgende Vereinbarungen getroffen wurden:

- Die gesamte Betriebsorganisation der KA inkl. aller Töchter wird im Wege einer verhältnismäßigen Abspaltung zur Neugründung gemäß § 1 Abs. 2 Z 2 1. Fall Spaltungsgesetz (SpaltG) in eine neu entstehende Gesellschaft (*KA Neu*) eingebracht. Darin enthalten sind Darlehen und Wertpapiere der bestehenden KA im Ausmaß von ca. EUR 3,5 Mrd. bei einer UGB-Bilanzsumme von ca. EUR 4,3 Mrd.;³
- der nach diesem Umstrukturierungsschritt verbleibende Teil der KA (*KA Rest*) mit einer Bilanzsumme von ca. EUR 7 Mrd. wird auf die KF verschmolzen werden;
- die Wirksamkeit des Kaufvertrages und die Durchführung der Abspaltung der KA zur Neugründung sowie Verschmelzung der KA Rest auf die KF stehen noch unter einer Reihe aufschiebender Bedingungen und Genehmigungen durch die zuständigen Organe der KF sowie der KA, wie Aufsichtsrat und Hauptversammlung, sowie zuständige Bankaufsichtsbehörden, Europäische Kommission und weitere Behörden. Ein Abschluss der Transaktion wird zum Ende des zweiten Quartals angestrebt.

In Aufsichtsratssitzungen des Jahres 2014 wurde zum jeweiligen Stand des beabsichtigten Teilverkaufs der KA berichtet und die Grundstruktur der Transaktion auf Basis der erforderlichen Spaltung in KA Neu sowie Übertragung der nicht veräußerten Aktiva (*KA Rest*) auf die KF dargestellt.

Der Aufsichtsrat hat seine nach Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben in vier ordentlichen Aufsichtsratssitzungen und einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung – in der redaktionelle Änderungen der Satzung aufgrund geänderter gesetzlicher Bestimmungen beschlossen wurden – wahrgenommen. Aufgrund der Novellierung des BWG per 1. Jänner 2014 wurden dabei Verweise und Bezugnahmen auf die gesetzlichen Bestimmungen in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und der Geschäftsordnung für den Vorstand vorgenommen.

³ Auf Basis von Daten per 30.9.2014

Im Jahr 2014 wurden zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses, eine Sitzung des Vergütungsausschusses sowie erstmals der beiden neu eingerichteten Ausschüsse – i. e. Nominierungs- und Risikoausschuss – abgehalten. In den Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, wie auch durch laufende Einholung erforderlicher Informationen über den Geschäftsverlauf, über die Lage und die Entwicklung des Unternehmens und die beabsichtigte Geschäftspolitik, wurde der Aufsichtsrat stets unterrichtet. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat laufend über alle wichtigen Vorgänge und Vorkommnisse berichtet. Vorstand und Aufsichtsrat haben zum zweiten Mal einen Corporate Governance-Bericht erstellt und darin über die Corporate Governance-Struktur der Bank berichtet. In Umsetzung der im Mai 2013 eingerichteten Fit und Proper-Richtlinie (auf Basis der EBA-Leitlinie – European Banking Authority Guideline) haben die Organe der Bank im Herbst 2014 zum zweiten Mal die Fit und Proper-Schulung über Änderungen bzw. Neuerungen im regulatorischen Bereich absolviert.

Zur Vermeidung etwaiger Interessenkonflikte im Zusammenhang mit dem Teilverkauf der KA hat DI Paierl sein Aufsichtsratsmandat im Jahr 2014 zurückgelegt. Diese Aufsichtsratsposition wurden vom Eigentümer vorerst nicht nachbesetzt.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde durch die PwC Wirtschaftsprüfung GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien vorgenommen. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben; den gesetzlichen Vorschriften wurde entsprochen, weshalb der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung angeschlossen und in seiner Sitzung vom 25. März 2015 den Jahresabschluss 2014 gebilligt; dieser ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat



Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender

Wien, 25. März 2015

EINZELABSCHLUSS DER KA FINANZ AG, WIEN, FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

BILANZ DER KA FINANZ AG (nach BWG)

Aktiva in EUR	Anhang		31.12.2014	31.12.2013
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken			430.631.829,15	127.982.117,34
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	4.1.		637.482.838,26	1.521.098.806,98
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere		637.482.838,26		1.521.098.806,98
3. Forderungen an Kreditinstitute	4.2.		2.026.336.175,57	1.760.819.945,89
a) täglich fällig		1.946.188.773,55		1.620.616.475,98
b) sonstige Forderungen		80.147.402,02		140.203.469,91
4. Forderungen an Kunden	4.3.		2.235.619.174,75	2.301.127.475,48
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.4.		1.771.748.211,21	2.261.286.686,01
a) von öffentlichen Emittenten		674.243.140,92		969.129.729,43
b) von anderen Emittenten		1.097.505.070,29		1.292.156.956,58
darunter:				
<i>eigene Schuldverschreibungen</i>		0,00		0,00
6. Beteiligungen	4.5.		23.070,00	23.070,00
darunter:				
<i>an Kreditinstituten</i>		0,00		0,00
7. Sachanlagen	4.6.		70.801,44	70.801,44
8. Sonstige Vermögensgegenstände	4.7.		149.541.723,63	184.433.666,94
9. Rechnungsabgrenzungsposten	4.8.		33.937.661,52	37.318.096,48
Summe Aktiva			7.285.391.485,53	8.194.160.666,56
Posten unter der Bilanz				
1. Auslandsaktiva			6.625.978.621,70	7.750.382.479,81

Passiva in EUR	Anhang		31.12.2014	31.12.2013
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.9.		2.120.953.788,11	1.576.868.689,98
a) täglich fällig		218.862.772,88		116.243.848,85
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.902.091.015,23		1.460.624.841,13
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.10.		890.031.088,35	421.229.097,99
Sonstige Verbindlichkeiten				
darunter:				
aa) täglich fällig		200.025,82		24.572.959,53
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		889.831.062,53		396.656.138,46
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	4.11.		3.425.962.925,14	5.115.132.107,35
a) begebene Schuldverschreibungen		185.016.644,69		1.397.895.986,84
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		3.240.946.280,45		3.717.236.120,51
4. Sonstige Verbindlichkeiten	4.12.		150.259.153,38	201.818.971,60
5. Rechnungsabgrenzungsposten	4.13.		39.706.144,09	137.556.441,67
6. Rückstellungen	4.14.		111.224.793,41	194.293.991,59
Sonstige		111.224.793,41		194.293.991,59
6.A Fonds für allgemeine Bankrisiken	4.15.		95.000.000,00	95.000.000,00
7. Ergänzungskapital¹⁾	4.16.		143.655.166,26	143.662.939,59
8. Gezeichnetes Kapital	4.17.		389.000.000,00	389.000.000,00
9. Hafrücklage gem. § 57 Abs. 5 BWG	4.18.		76.091.088,46	76.091.088,46
10. Bilanzverlust			-156.492.661,67	-156.492.661,67
Summe Passiva			7.285.391.485,53	8.194.160.666,56

Posten unter der Bilanz ²⁾				
1. Eventualverbindlichkeiten	5.1.		732.741.119,48	2.565.075.190,08
darunter:				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen aus der Bestellung von Sicherheiten		732.741.119,48		2.565.075.190,08
2. Kreditrisiken	5.2.		0,00	0,00
darunter:				
Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften		0,00		0,00
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013			581.084.517,31	622.868.342,24
darunter:				
Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		177.486.090,52		219.269.915,45
4. Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013			222.338.403,60	260.500.950,19
darunter:				
Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 harte Kapitalquote		14,52 %		12,39 %
Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Kernkapitalquote		14,52 %		12,39 %
Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Gesamtkapitalquote		20,91 %		19,13 %
5. Auslandspassiva			5.962.352.325,75	7.021.519.733,50

¹⁾ Im Zusammenhang mit der Anpassung des BWG an die CRR wurde das Formblatt zur Bilanzgliederung in Anlage 2 zu § 43 Teil 1 BWG geändert; dies führte zur Umgliederung von nachrangigen Verbindlichkeiten in die Positionen „Ergänzungskapital“ und „Verbiefte Verbindlichkeiten“.

²⁾ Für die Werte der Positionen 3 und 4 für den 31.12.2013 gilt Basel II.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DER KA FINANZ AG (nach BWG)

in EUR		Anhang	2014	2013
1.	Zinsen und ähnliche Erträge		392.261.544,27	480.966.600,85
	darunter:			
	aus festverzinslichen Wertpapieren	118.659.879,69		150.464.352,45
2.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-380.986.974,25	-494.132.187,70
I.	Zinsergebnis	7.1.1.	11.274.570,02	-13.165.586,85
3.	Provisionserträge	7.1.2.	554.812,72	10.716.580,72
4.	Provisionsaufwendungen	7.1.2.	-22.298.024,88	-63.464.228,58
5.	Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	7.1.3.	6.010,47	15.786.769,22
6.	Sonstige betriebliche Erträge		4.928,77	4.036,39
II.	Betriebserträge		-10.457.702,90	-50.122.429,10
7.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	7.1.4.	-13.813.702,57	-16.730.392,08
	a) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-13.813.702,57		-16.730.392,08
8.	Wertberichtigungen auf die im Aktivposten 7 enthaltenen Vermögensgegenstände		0,00	-339,02
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.1.5.	-265.444,42	-753.000,00
III.	Betriebsaufwendungen		-14.079.146,99	-17.483.731,10
IV.	Betriebsergebnis		-24.536.849,89	-67.606.160,20
10.	Aufwendungen aus Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	7.1.6.	-313.294,87	-244.015.097,42
11.	Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	7.1.6.	10.741.787,80	0,00
12.	Aufwendungen aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	7.1.6.	0,00	-20.925.264,92
V.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-14.108.356,96	-332.546.522,54
13.	Außerordentliche Erträge	7.1.7.	14.113.591,80	332.581.689,89
14.	Außerordentliches Ergebnis		14.113.591,80	332.581.689,89
15.	Steuern vom Einkommen	7.1.8.	-5.209,84	-35.160,35
16.	Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15 auszuweisen		-25,00	-7,00
VI.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag		0,00	0,00
17.	Verlustvortrag aus Vorjahren		-156.492.661,67	-156.492.661,67
VII.	Bilanzverlust		-156.492.661,67	-156.492.661,67

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS DER KA FINANZ AG, WIEN, FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

1. ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Die KA Finanz AG (im Folgenden KF) mit Sitz in 1090 Wien, Türkenstraße 9, ist als Spezialbank mit der Aufgabe der Abwicklung des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) betraut. Sie ist unter der Firmenbuchnummer 128283b beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die KF entstand im Zuge der Restrukturierung, die nach der Verstaatlichung der KA alt infolge der Finanzmarktkrise erforderlich war. Dabei wurde die KA alt in zwei Kreditinstitute aufgespalten: Die Kommunalkredit Austria AG (im Folgenden KA) übernahm das Kerngeschäft der KA alt, welches insbesondere das kommunale Darlehensgeschäft und das infrastrukturnahe Projektfinanzierungsgeschäft umfasst. In der KF verblieb das sonstige, nicht strategische Geschäft (insbesondere das nicht strategische Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Swap-Portfolio und die Anteile an der Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB)). Unternehmens- und steuerrechtlicher Spaltungstichtag war der 30. Juni 2009. Die Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch erfolgte am 28. November 2009. Damit wurde die Spaltung zivilrechtlich wirksam. Ziel und Geschäftszweck der KF sind der fokussierte Risikoabbau bei angestrebter Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, die Wahrung von Wertaufholungspotenzialen sowie der bestmögliche Eigenbeitrag unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burdensharing). Zwar findet in der KF kein Neugeschäft in Darlehen, Wertpapieren oder CDS-Sell-Positionen statt, zum Zweck des aktiven Managements des Portfolios betreibt die KF aber weiterhin aktive Bankgeschäfte, insbesondere auf der Refinanzierungsseite, aber auch im Derivatbereich in Form von Zins- und FX-Absicherungsgeschäften sowie Portfolioabsicherungsmaßnahmen.

Mit unternehmens- und steuerrechtlichem Verschmelzungstichtag 31. Dezember 2009 wurde die KIB in die KF verschmolzen. Die Eintragung der Verschmelzung in das Firmenbuch erfolgte am 18. November 2010. Damit wurde die Verschmelzung zivilrechtlich wirksam und die Tochtergesellschaft in Zypern aufgelöst.

Die Republik Österreich hält unverändert zum Vorjahr 100 % der Anteile an der KF.

2. ANGEWENDETE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den relevanten Vorschriften des BWG (Bankwesengesetz) und den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des UGB (Unternehmensgesetzbuch) aufgestellt.

3. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSVORSCHRIFTEN

3.1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes insofern Rechnung getragen, als nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste bei der Bewertung berücksichtigt wurden.

Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Zinsen werden unter Berücksichtigung aller vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit den finanziellen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten periodengerecht im Zinsüberschuss ausgewiesen. Provisionen für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, werden über die Periode der Leistungserbringung erfasst. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung verbunden sind, werden zum Zeitpunkt der vollständig erbrachten Dienstleistung vereinnahmt. Die Berücksichtigung von leistungsabhängigen Provisionen erfolgt, wenn die Leistungskriterien erfüllt werden.

Im Zusammenhang mit der Anpassung des BWG an die CRR wurde das Formblatt zur Bilanzgliederung in Anlage 2 zu § 43 Teil 1 BWG geändert. Die bisherige Position „Nachrangige Verbindlichkeiten“ wurde gestrichen und die bisherige Position „Ergänzungskapital“ in „Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013“ umbenannt. Dies führte in der KF zu folgenden Umgliederungen:

Neuzuordnung Nachrangige Verbindlichkeiten / Ergänzungskapital (in EUR)	31.12.2014	31.12.2013 "NEU"	31.12.2013 "ALT"
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.425.962.925,14	5.115.132.107,35	5.076.375.566,26
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	155.878.980,69
Ergänzungskapital	143.655.166,26	143.662.939,59	26.540.499,99

3.2. Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 58 Abs. 1 BWG zu den von der Europäischen Zentralbank (EZB) bekannt gegebenen Devisenkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Noch nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

3.3. Forderungen

Forderungen, die von Dritten erworben wurden, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Alle übrigen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit dem Nennwert angesetzt.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Für die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigung werden die Forderungen in homogene Portfolios mit vergleichbaren Risikomeerkmalen gruppiert. Die Quantifizierung erfolgt auf Basis des erwarteten Verlustes unter Verwendung von ratingabhängigen Ausfallswahrscheinlichkeiten und unter Berücksichtigung der Zeitdauer zwischen Eintritt und Erkennen des Ausfalls („Loss Identification Period“).

Weiters wurde aus Gründen der Vorsicht in Anbetracht der besonderen bankgeschäftlichen Risiken eine Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG gebildet.

3.4. Wertpapiere

Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden dem Anlagevermögen zugeordnet. Wertpapiere, die mit Handelsabsicht erworben werden, werden dem Handelsbuch zugeordnet. Die KF führt kein Handelsbuch. Wertpapiere, die weder dem Anlagevermögen noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden als Wertpapiere des Umlaufvermögens klassifiziert.

Die Bewertung der Wertpapiere erfolgt mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips für das Anlagevermögen und des strengen Niederstwertprinzips für das Umlaufvermögen.

Für Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet werden und die ab dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden, wird vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung von über dem Rückzahlungsbetrag liegenden Anschaffungskostenbeträgen Gebrauch gemacht. Die zeitanteilige Zuschreibungsmöglichkeit auf den höheren Rückzahlungsbetrag wird ebenfalls in Anspruch genommen. Wertpapiere des Anlagevermögens, die vor dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden und deren Anschaffungskosten über dem Rückzahlungsbetrag lagen, werden gemäß § 56 Abs. 2 BWG mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert. Waren die Anschaffungskosten dieser Wertpapiergruppe niedriger als der Rückzahlungsbetrag, so wird der Unterschiedsbetrag, beginnend mit dem 1. Jänner 2001, über die verbleibende Restlaufzeit verteilt.

Das Wertpapierportfolio entwickelte sich zu Buchwerten wie folgt:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Wertpapiere des Anlagevermögens	3.922.298.220,72	5.365.213.093,89	-1.442.914.873,17
Wertpapiere des Umlaufvermögens	44.340.057,28	105.289.324,63	-60.949.267,35
Summe	3.966.638.278,00	5.470.502.418,52	-1.503.864.140,52

Die Unterschiedsbeträge gem. § 56 Abs. 2 BWG und § 56 Abs. 3 BWG stellen sich wie folgt dar:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 2 BWG (Unterschied zwischen dem höheren Anschaffungswert und dem Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	35.115.946,81	49.182.748,17
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 3 BWG (Unterschied zwischen dem niedrigeren Anschaffungswert und dem Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	13.414.237,60	43.274.546,79

Weiters ergeben sich bei den Wertpapieren des Anlagevermögens folgende stille Reserven bzw. stille Lasten (ohne Berücksichtigung der dazugehörigen Zinsabsicherungsswaps):

Ermittlung stille Lasten in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Buchwert	1.098.716.455,58	1.931.621.341,49
Beizulegender Zeitwert	1.001.066.372,94	1.749.184.169,26
Stille Lasten	-97.650.082,64	-182.437.172,23

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Buchwert	2.826.279.193,19	3.379.586.211,34
Beizulegender Zeitwert	3.539.396.006,24	3.843.691.934,76
Stille Reserven	713.116.813,05	464.105.723,42

Die Veränderung der stillen Lasten und stillen Reserven ist im Wesentlichen auf die Reduktion des Wertpapierportfolios, Marktverbesserungen und das gesunkene Zinsniveau zurückzuführen. Die stillen Lasten verteilen sich auf die folgenden Bilanzpositionen:

Ermittlung stille Lasten in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Schuldtitle öffentlicher Stellen		
Buchwert	34.957.524,71	322.211.176,96
Beizulegender Zeitwert	30.476.241,50	302.361.442,13
	-4.481.283,21	-19.849.734,83
Forderungen Kreditinstitute		
Buchwert	43.556.986,30	19.664.000,00
Beizulegender Zeitwert	38.067.609,60	17.278.756,80
	-5.489.376,70	-2.385.243,20
Forderungen Kunden		
Buchwert	371.564.313,24	690.785.422,85
Beizulegender Zeitwert	340.847.959,18	617.011.031,06
	-30.716.354,06	-73.774.391,79
Schuldverschreibungen öffentliche Emittenten		
Buchwert	221.306.462,94	273.501.141,96
Beizulegender Zeitwert	199.683.530,96	244.536.852,99
	-21.622.931,98	-28.964.288,97
Schuldverschreibungen andere Emittenten		
Buchwert	427.331.168,39	625.459.599,72
Beizulegender Zeitwert	391.991.031,70	567.996.086,28
	-35.340.136,69	-57.463.513,44

Alle Wertpapiere werden regelmäßig analysiert und bewertet; Wertpapiere, bei denen ein Rating-Downgrade von mehr als zwei Stufen erfolgt bzw. bei denen ein Kursverfall von über 20 % beobachtet wird, werden speziell überwacht. Auf Basis dieser Analysen waren über die bestehenden Wertberichtigungen hinaus keine außerplanmäßigen Abschreibungen gem. § 204 Abs. 1 Z 2 UGB erforderlich, da die Wertminderungen voraussichtlich nicht von Dauer sind.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom Wahlrecht des § 208 Abs. 2 UGB, wonach ein niedrigerer Wertansatz auch bei Wegfall der Gründe einer Abschreibung beibehalten werden darf, wird nicht Gebrauch gemacht. Bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens ergeben sich folgende stille Reserven (ohne Berücksichtigung von dazugehörigen Zinsabsicherungsswaps):

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Buchwert	15.912.013,14	53.567.803,81
Beizulegender Zeitwert	16.496.970,27	56.364.857,25
	584.957,13	2.797.053,44

3.4.1. Ermittlung beizulegender Zeitwert

Allgemein können die Methoden für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes in folgende drei Kategorien eingeteilt werden:

Level 1: Es existieren quotierte Preise auf einem aktiven Markt für idente Finanzinstrumente. In dieser Kategorie werden Bid Quotes für Aktiva aus Bloomberg oder Reuters herangezogen.

Level 2: Die Inputfaktoren für die Bewertung lassen sich am Markt beobachten. In diese Kategorie fallen folgende Preisbestimmungsmethoden:

- Preisbestimmung aufgrund Benchmark-Anleihen (ähnliche Papiere)
- Preisbestimmung aufgrund vom Markt abgeleiteter Spreads (Benchmark-Spreads)

Level 3: Die Inputfaktoren lassen sich nicht am Markt beobachten. Entsprechend der Policy der KF werden zusätzlich indikative Preise von Drittparteien, deren Bewertungsgrundlagen nicht offengelegt sind und die nicht handelbar sind, aus konservativen Gesichtspunkten unter Level 3 subsumiert. Dies betrifft alle Level 3-Wertpapiere bis auf eines, für das eine interne Expertenschätzung auf Basis von nicht beobachtbaren Daten angesetzt wird.

Die Unterschiedsbeträge zwischen den beizulegenden Werten und den Buchwerten für Level 2- und Level 3-Wertpapiere entwickelten sich wie folgt:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Level 2		
Beizulegender Wert	1.981.075.086,87	865.299.991,77
Buchwert	1.620.850.125,93	838.614.523,77
Unterschiedsbetrag	360.224.960,94	26.685.468,00
Level 3		
Beizulegender Wert	180.867.934,91	1.024.541.153,24
Buchwert	197.232.216,48	976.595.872,05
Unterschiedsbetrag	-16.364.281,57	47.945.281,19

3.5. *Beteiligungen*

Die Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht anhaltende Verluste oder verringertes Eigenkapital eine Abwertung auf das anteilige Eigenkapital oder auf den Ertragswert erforderlich machen.

3.6. *Sachanlagen*

Im Anlagenspiegel sind Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Kunstgegenstände ausgewiesen. Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt mit den um die planmäßigen Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten. Auf Kunstgegenstände wird keine planmäßige Abschreibung vorgenommen.

3.7. *Verbindlichkeiten*

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

3.8. *Verbriefte Verbindlichkeiten*

Agio-/Disagioträge sowie bis zum Geschäftsjahr 2002 aktivierte Emissionskosten und Zuzählungsprovisionen werden auf die Laufzeit der Schuld linear verteilt. Zerobonds werden nach der Nettomethode bilanziert.

Die im Zuge einer Emission anfallenden Kosten, die unmittelbar mit der Geldbeschaffung in Zusammenhang stehen, werden direkt in den Aufwand übernommen. Die weitere Differenz zwischen Emissionserlös und Rückzahlungsbetrag (Disagio/Agio) wird als Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert bzw. passiviert und als Zinskomponente linear über die Laufzeit ins Zinsergebnis verteilt.

3.9. *Rückstellungen*

Sonstige Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

3.10. *Credit-Default-Swaps*

Credit-Default-Swaps (CDS) werden je nach Vertragsgestaltung als Derivat oder als Eventualverbindlichkeit behandelt:

- CDS-Verträge, bei denen Zahlungen von der Änderung von Bonitätsrating/-index oder einem Kreditrisikoaufschlag abhängig sind (Trigger):
Behandlung als Derivat; Einzelbewertung und Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe eines allfälligen negativen beizulegenden Zeitwertes zum Bilanzstichtag. Positive beizulegende Zeitwerte werden nicht berücksichtigt; das strenge Niederstwertprinzip wird beibehalten.
- CDS ohne Trigger:
Behandlung als Eventualverbindlichkeit; Bildung von Drohverlustrückstellungen – analog der Methodik für Einzelwertberichtigungen – nach dem zu erwarteten Verlust.

Die KF verfügt ausschließlich über CDS-Verträge ohne Trigger.

Für CDS-Buy-Positionen, die zur Absicherung von CDS-Sell-Positionen abgeschlossen wurden, wird im Falle von negativen Marktwerten bzw. aufgrund von durch den Hedge fixierten negativen Spreads eine Drohverlustrückstellung gebildet.

3.11. *Derivate*

Swap-Geschäfte werden in der KF überwiegend zur Absicherung gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgeschlossen, wobei die Absicherung entweder auf Einzelgeschäftsebene (Bilanzierung als Bewertungseinheit) oder durch Steuerung auf Gesamtbankebene (Bilanzierung als Makro-Hedge) erfolgt. Für Derivate, die weder als Bewertungseinheit noch als Makro-Hedge abgeschlossen werden, gilt das Prinzip der Einzelbewertung, wonach bei einem negativen beizulegenden Zeitwert am Abschlussstichtag eine Drohverlustrückstellung gebildet und unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wird.

- Bewertungseinheiten

Für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Bewertungseinheiten) enthält die AFRAC-Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ (Stand September 2014) Vorschriften, um wirtschaftlich ungerechtfertigte Effekte in der Gewinn- und Verlustrechnung aus der unterschiedlichen Bewertung von abgesicherten Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten zu vermeiden. Grundgeschäfte sind einzelne bilanziell erfasste fix verzinste Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie schwebende Geschäfte, die zum Zeitpunkt der Widmung bereits abgeschlossen sind. Ziel der Regeln zu Bewertungseinheiten ist es, die Wertänderungen der Sicherungsinstrumente und der abgesicherten Geschäfte weitgehend kompensierend zu erfassen. Um die Regelungen für Bewertungseinheiten anwenden zu dürfen, muss der Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhangs zwischen Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft erbracht werden. Als effektiv gilt eine Sicherungsbeziehung, wenn sich die Ergebnisse aus dem Sicherungsinstrument und die gegenläufigen Ergebnisse aus dem gesicherten Grundgeschäft – bezogen auf das gesicherte Risiko – in einer Bandbreite von 80 % bis 125 % ausgleichen. Die Einhaltung der Voraussetzungen wird in der KF durch prospektive (Abgleich der den Marktwert bestimmenden Komponenten) und retrospektive Effektivitätstests überprüft. Beim prospektiven Effektivitätstest werden alle Parameter des Grundgeschäfts und des Absicherungsgeschäfts, die das Ausmaß der abgesicherten Wertänderung bestimmen, verglichen bzw. überprüft, ob der abgesicherte beizulegende Zeitwert der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) in einer Bandbreite zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt. Beim retrospektiven Effektivitätstest wird überprüft, ob der abgesicherte beizulegende Zeitwert der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) zwischen zwei Vergleichsstichtagen in einer Bandbreite zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt. Die Sicherungsgeschäfte werden in der KF bis zum Laufzeitende der Grundgeschäfte abgeschlossen.

- Makro-Hedge

Zinsderivate, welche der Steuerung des Zinsrisikos des Bankbuchs bzw. eines klar abgegrenzten Teilbestands dienen (Makro-Hedge), werden im Sinne des „FMA-Rundschreibens zu Rechnungslegungsfragen bei Zinssteuerungsderivaten und zu Bewertungsanpassungen bei Derivaten gemäß § 57 BWG“ (Stand Dezember 2012) bilanziert. Dabei werden – als Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung – gegenläufige, zinsinduzierte Ertragseffekte oder Wertsteigerungen aus den abgesicherten Grundgeschäften bei der Beurteilung eines Rückstellungsbedarfs berücksichtigt. Werden negative Swap-Marktwerte am Bilanzstichtag nicht vollständig durch die gegenläufigen, zinsinduzierten Ertragseffekte der Grundgeschäfte kompensiert, so erfolgt für den verbleibenden negativen Wert die Bildung einer Drohverlustrückstellung.

Ausgangspunkt für Steuerungs- und Risikobegrenzungsentscheidungen für das Zinsänderungsrisiko sind die Barwertsensitivitäten aller zinstragenden Positionen der Bank gegenüber Zinsänderungen. Das Zinsrisiko wird in Form von Gap- und Sensitivitätsanalysen in verschiedenen Szenarien und jährlichen Laufzeitbändern transparent dargestellt. Auf Grundlage dieser Information erfolgt die Aussteuerung und Begrenzung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene und wird die Widmung eines Steuerungsinstrumentes beschlossen.

Die Überprüfung der quantitativen Eignung des Derivats als Instrument zur Absicherung und Begrenzung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene erfolgt bei Abschluss eines neuen Zinsderivats durch einen prospektiven Test der Hedgewirkung mittels Szenarioanalysen. Dabei wird das Barwertrisiko der Gesamtposition sowie je Währung für einen Parallel-Shift sowie für zwei Drehungsszenarien (steiler – flacher) quantifiziert.

Aufgrund ihres Ausnahmecharakters ist die Anwendung dieser Bewertungsmethode an die Einhaltung formeller und materieller Bedingungen geknüpft, unter anderem:

- Vorliegen eines Absicherungsbedarfs hinsichtlich der Festzinslücken;
- Bestehen einer Absicherungsstrategie und Nachweis der Einhaltung dieser Strategie;
- qualitative Eignung des Derivats als Sicherungsinstrument.

Die genannten Voraussetzungen werden von der KF erfüllt und dokumentiert.

Die mit den Swap-Kontrakten verbundenen Zinsansprüche werden laufzeitkonform abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung brutto dargestellt. Zahlungen, die zum Ausgleich für nicht marktkonforme Vertragsbestimmungen geleistet werden, werden laufzeitkonform abgegrenzt.

Die Bewertung der Derivate erfolgt durch ein internes Bewertungsmodell auf Grundlage der Discounted-Cashflow-Methode unter Berücksichtigung aktueller Zins- und Basisspreadkurven. Eingebettete Optionen werden mithilfe marktüblicher Optionsbewertungsmodelle bewertet. Bei der Bewertung zinsreagibler Produkte mit variablen Indikatoren werden abhängig vom Indikator (z. B. 3-Monats-Libor, 12-Monats-Libor) Zinskurven mit unterschiedlichen Basisspreadaufschlägen verwendet. Diese beziehen sich auf den jeweiligen Indikator und werden zur Ableitung von Forward Rates zur Cashflow-Ermittlung herangezogen. Bei Derivaten mit mehreren Währungen (z. B. Cross-Currency-Swaps) wird zusätzlich zur Adaption der Forwards durch Basisswapsreads eine Cross-Currency-Basis entsprechend marktüblicher Standards angesetzt. Für die Diskontierung der Cashflows von OTC-Derivaten werden OIS-Kurven (Overnight Index Swaps) verwendet. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Derivaten wird zusätzlich das

Kontrahentenrisiko (Credit-Value-Adjustment – CVA) berücksichtigt. CVA ist die Anpassung des Barwerts eines OTC-Derivats bezogen auf die Bonität des Kontrahenten und wird vom Barwert des Derivats abgezogen. Die Ermittlung des CVA erfolgt für alle Derivate ohne täglichen Besicherungsaustausch (bilaterale tägliche Cash-Collateral-Margin-Calls) auf Kontrahentenebene auf Basis der Current-Exposure-Methode. Aufgrund von Unwesentlichkeit wurde zum 31. Dezember 2014 – wie im Vorjahr – keine Rückstellung vorgenommen. Auf die mögliche Berücksichtigung des eigenen Kreditrisikos (Debt-Valuation-Adjustment) wird aus konservativen Gesichtspunkten verzichtet.

4. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

4.1. *Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind*

In diesem Posten werden Wertpapiere öffentlicher Stellen, die bei der EZB refinanzierbar sind, ausgewiesen.

Am Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Nominale von EUR 618.366.524,07 (31.12.2013: EUR 1.500.031.046,43) dem Anlagevermögen sowie EUR 1.273.414,57 (31.12.2013: EUR 1.645.772,40) dem Umlaufvermögen gewidmet.

In dieser Position sind keine nachrangigen Forderungen enthalten.

Von den Schuldtiteln öffentlicher Stellen werden im Jahr 2015 Werte in Höhe von EUR 31.500.000,00 (2014: EUR 95.200.000,00) fällig.

4.2. *Forderungen an Kreditinstitute*

Die Forderungen an Kreditinstitute setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals)	1.929.543.186,21	1.616.371.850,75
Nicht börsennotierte Wertpapiere	79.404.010,64	146.376.336,35
Darlehen	27.651.082,88	28.863.229,36
Guthaben bei Kreditinstituten	16.645.587,34	28.337.944,89
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-26.907.691,50	-59.129.415,46
Summe	2.026.336.175,57	1.760.819.945,89
<i>davon:</i>		
<i>Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Forderungen aus Wechsel</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Nachrangige Forderungen</i>	<i>19.830.485,26</i>	<i>19.835.302,94</i>

Der Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 265.516.229,68 ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals) zurückzuführen.

Die Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG beträgt insgesamt EUR 40.466.148,35 (31.12.2013: EUR 59.129.415,46) und ist im Jahr 2014 in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute sowie Forderungen an Kunden (31.12.2013: zur Gänze in der Position Forderungen an Kreditinstitute) enthalten.

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt :

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällige Forderungen	1.946.188.773,55	1.620.616.475,98
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	1.289.809,88	26.457.130,08
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	8.671.425,17	24.758.023,46
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	78.326.913,33	129.803.493,71
d) Mehr als 5 Jahre	18.766.945,14	18.314.238,12
	107.055.093,52	199.332.885,37
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-26.907.691,50	-59.129.415,46
Summe	2.026.336.175,57	1.760.819.945,89

4.3. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Nicht börsennotierte Wertpapiere	1.525.779.765,15	1.554.549.268,08
Darlehen	642.499.183,91	702.903.678,41
Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals)	81.501.918,28	44.438.434,60
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	-603.235,74	-763.905,61
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-13.558.456,85	0,00
Summe	2.235.619.174,75	2.301.127.475,48
<i>davon:</i>		
<i>Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>Forderungen aus Wechsel</i>	<i>2.730.350,97</i>	<i>8.115.509,75</i>

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällige Forderungen	80.690.060,64	167.393.165,88
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	23.945.550,67	21.604.131,68
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	38.500.152,97	51.180.644,41
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	237.706.203,43	208.585.523,88
d) Mehr als 5 Jahre	1.868.938.899,63	1.853.127.915,24
	2.169.090.806,70	2.134.498.215,21
Pauschalierte Einzelwertberichtigung	-603.235,74	-763.905,61
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-13.558.456,85	0,00
	-14.161.692,59	-763.905,61
Summe	2.235.619.174,75	2.301.127.475,48

4.4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	674.251.666,70	969.143.398,79
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	-8.525,78	-13.669,36
	674.243.140,92	969.129.729,43
Wertpapiere von anderen Emittenten	1.097.506.881,84	1.292.156.956,58
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	-1.811,55	0,00
	1.097.505.070,29	1.292.156.956,58
Summe	1.771.748.211,21	2.261.286.686,01
<i>davon:</i>		
<i>Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht</i>	0,00	0,00
<i>Nachrangige Forderungen</i>	12.471.668,08	10.989.579,98
<i>Eigene Emissionen</i>	0,00	0,00

Alle in der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Papiere sind börsennotiert.

Am Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Nominale von EUR 1.750.793.770,38 (31.12.2013: EUR 2.193.430.521,91) dem Anlagevermögen sowie ein Volumen von EUR 47.218.546,95 (31.12.2013: EUR 83.059.238,40) dem Umlaufvermögen gewidmet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im Jahr 2015 Werte in Höhe von EUR 69.521.346,50 (2014: EUR 121.931.777,96) fällig.

4.5. Beteiligungen

Die KF hält Beteiligungen an der inaktiven SALEM Beteiligungsverwaltung zwölfte GmbH, Wien, mit einem Buchwert von unverändert EUR 23.000,00 und an der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien, mit einem Buchwert von unverändert EUR 70,00. Die Zusammensetzung der Beteiligungen einschließlich der Darstellung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ist Anlage 1 zu entnehmen.

4.6. Sachanlagen

Die Entwicklung der Sachanlagen wird im Anlagenspiegel (Anlage 2) dargestellt.

4.7. Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position Sonstige Vermögensgegenstände beinhaltet folgende Posten:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch	90.103.531,45	102.155.309,42
Zinsabgrenzungen von Derivaten im Bankbuch	59.076.282,62	75.887.339,03
Abgrenzungen von CDS-Gebühren	471,92	5.977.456,01
Sonstiges	361.437,64	413.562,48
Summe	149.541.723,63	184.433.666,94
davon:		
erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	59.420.200,82	82.266.636,18

Die Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch ergibt sich aus der Änderung von Fremdwährungskursen zwischen dem Abschlusszeitpunkt von Währungsswaps und dem Bilanzstichtag. Dieser Bewertung stehen Fremdwährungsbewertungen von Aktiv- und Passivbeständen sowie negative Fremdwährungsbewertungen von Derivaten, welche unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, gegenüber. Die offene Fremdwährungsposition der KF wird laufend überwacht und ist eng limitiert, sodass es keine wesentlichen Währungskursrisiken gibt.

4.8. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten folgende Positionen:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	31.402.314,83	32.903.739,29
Aktivierete Ausgabedisagios von begebenen Schuldverschreibungen	2.357.132,45	4.173.423,30
Sonstiges	178.214,24	240.933,89
Summe	33.937.661,52	37.318.096,48

4.9. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällige Verbindlichkeiten	218.862.772,88	116.243.848,85
Sonstige Verbindlichkeiten		
a) Bis 3 Monate	844.030.084,52	822.444.430,24
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	595.203.692,80	310.983.231,20
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	462.857.237,91	327.197.179,69
d) Mehr als 5 Jahre	0,00	0,00
	1.902.091.015,23	1.460.624.841,13
Summe	2.120.953.788,11	1.576.868.689,98

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

4.10. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällige Verbindlichkeiten	200.025,82	24.572.959,53
Sonstige Verbindlichkeiten		
a) Bis 3 Monate	395.150.400,39	226.981.847,26
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	460.103.425,01	111.405.976,29
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,00	25.378.870,27
d) Mehr als 5 Jahre	34.577.237,13	32.889.444,64
	889.831.062,53	396.656.138,46
Summe	890.031.088,35	421.229.097,99

In der Position Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

4.11. Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten setzten sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Begebene Schuldverschreibungen	185.016.644,69	1.397.895.986,84
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	3.240.946.280,45	3.717.236.120,51
Summe	3.425.962.925,14	5.115.132.107,35

In der Position begebene Schuldverschreibungen sind jene Emissionen erfasst, die zum Börsenhandel zugelassen sind. Sämtliche, zum Ultimo 2013 verbliebene staatsgarantierte Eigenemissionen (EUR 1.238.197.900,00), welche die KF unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) begeben hat, wurden im Geschäftsjahr 2014 planmäßig getilgt. Im Geschäftsjahr 2014 fielen dafür Aufwendungen für Haftungsentgelte in Höhe von EUR 3.209.955,47 (2013: EUR 17.050.524,66) an.

Unter den anderen verbrieften Verbindlichkeiten sind staatsgarantierte Commercial Papers in Höhe von EUR 2.140.500.000,00 (31.12.2013: EUR 1.892.889.928,22) enthalten, die unter dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) begeben wurden. Für diese fielen im Geschäftsjahr 2014 Haftungsentgelte in Höhe von EUR 15.240.133,08 (2013: EUR 15.106.057,22) an.

Im Jahr 2015 werden keine begebenen Schuldverschreibungen fällig (2014: EUR 1.265.000.000,00) – von den anderen verbrieften Verbindlichkeiten reifen 2015 Nominalwerte von EUR 3.243.482.408,18 (2014: EUR 3.721.543.622,47) ab.

Es bestehen, unverändert zum Vorjahr, keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

In den verbrieften Verbindlichkeiten sind EUR 38.916.349,32 (31.12.2013: EUR 38.756.541,09) nachrangige Verbindlichkeiten enthalten.

4.12. Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende Positionen enthalten:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Zinsabgrenzungen von Derivaten	97.567.756,27	133.843.497,24
Fremdwährungsbewertungen von Derivaten im Bankbuch	47.803.359,79	59.356.098,18
Abgrenzung Haftungsprovisionen an die Republik Österreich	1.386.731,58	4.666.957,58
Sonstige	3.501.305,74	3.952.418,60
Summe	150.259.153,38	201.818.971,60
<i>davon:</i>		
<i>erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam</i>	101.594.273,65	142.294.875,78

Die Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch ergibt sich aus der Änderung von Fremdwährungskursen zwischen dem Abschlusszeitpunkt von Währungsswaps und dem Bilanzstichtag. Dieser Bewertung stehen Fremdwährungsbewertungen von Aktiv- und Passivbeständen sowie positive Fremdwährungsbewertungen von Derivaten, welche unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen werden, gegenüber. Die offene Fremdwährungsposition der KF wird laufend überwacht und ist eng limitiert, sodass es keine wesentlichen Währungskursrisiken gibt.

4.13. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten Folgendes:

in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	31.659.501,81	114.672.589,97
Gesellschafterzuschuss für risikomindernden Portfolioabbau aus Dezember 2013	3.304.718,31	17.418.310,11
Über die Laufzeit abgegrenzte CDS-Gebühren	0,00	153.976,44
Sonstiges	4.741.923,97	5.311.565,15
Summe	39.706.144,09	137.556.441,67

Der Rückgang der Rechnungsabgrenzungsposten resultiert im Wesentlichen aus der Fortsetzung des fokussierten Risikoabbaus.

4.14. Rückstellungen

Die Rückstellungen zum 31. Dezember 2014 betragen EUR 111.224.793,41 (31.12.2013: EUR 194.293.991,59). Als wesentliche Posten sind Rückstellungen in Höhe von EUR 49.594.643,30 (31.12.2013: EUR 39.954.740,51) im Zusammenhang mit Zinssteuerungsderivaten (insbesondere für Makro-Swaps und nicht mehr effektive Zinsabsicherungsswaps) zu nennen.

4.15. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Deckung besonderer bankgeschäftlicher Risiken aus Gründen der Vorsicht hat die KF den Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von EUR 95.000.000,00 (31.12.2013: EUR 95.000.000,00) dotiert.

4.16. Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013

Das Ergänzungskapital stellt sich per 31. Dezember 2014 wie folgt dar:

ISIN	Zinssatz zum Stichtag in %	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital
Ergänzungskapital gemäß § 23 Abs. 7 Z 2 BWG a. F.						
XS0284217709	4,26	08.02.2019	EUR	7.583.000,00	nein	nein
Nachrangige Verbindlichkeiten gemäß § 23 Abs. 8 BWG a. F.						
XS0140045302	6,08	13.12.2018	EUR	19.500.000,00	Emittent	nein
XS0144772927	6,46	27.03.2022	EUR	5.000.000,00	Emittent	nein
XS0185015541	5,43	13.02.2024	EUR	20.000.000,00	Emittent	nein
XS0257275098	4,9	23.06.2031	EUR	10.000.000,00	nach Wahl des Emittenten am 23.06.2016	nein
XS0279423775	4,44	20.12.2030	EUR	35.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	nein
XS0255270380	6,721	07.06.2021	EUR	5.000.000,00	Nein	nein
XS0286975973	0,278	28.02.2017	EUR	40.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	nein
				142.083.000,00		

Das Ergänzungskapital erfüllt die Bedingungen des Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013. Aufgrund des ausgeglichenen Jahresergebnisses vor Rücklagenbewegung erfolgt gemäß Emissionsbedingungen und vertraglicher Regelungen 2015 keine Zahlung von gewinnabhängigen Kupons. Entsprechende Ad-hoc-Mitteilungen gem. § 48 d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren (17.11.2009 und 20.4.2010) publiziert. Auf diese Ad-hoc-Mitteilungen wird explizit verwiesen. Für diese Zinskupons wird in der Bilanz keine Verbindlichkeit angesetzt.

Zum Bilanzstichtag sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten (einschließlich Ergänzungskapital) betragen im Berichtsjahr 2014 EUR 5.340.686,04 (2013: EUR 6.185.151,05).

4.17. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beläuft sich zum 31. Dezember 2014 unverändert zum Vorjahr auf EUR 389.000.000,00 und ist in 3.890.000 Stückaktien eingeteilt. Die Aktien lauten auf Inhaber; jede Stückaktie repräsentiert einen Anteil von EUR 100,00 am Grundkapital. Die Republik Österreich hält alle Stückaktien.

Es gibt keine ausgegebenen und nicht voll eingezahlten Anteile und keine genehmigten Anteile. Zum 31. Dezember 2014 und während des Geschäftsjahres befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand der KF.

4.18. Haftrücklage gem. § 57 Abs. 5 BWG

Zum Bilanzstichtag beträgt die Haftrücklage unverändert zum Vorjahr EUR 76.091.088,46.

5. POSTEN UNTER DER BILANZ

5.1. Eventualverbindlichkeiten

Die Eventualverbindlichkeiten konnten durch den fokussierten Abbau des CDS-Portfolios um EUR 1.832.334.070,60 oder 71,4 % signifikant reduziert werden, und betragen EUR 732.741.119,48 (31.12.2013: EUR 2.565.075.190,08); darin enthalten sind CDS-Sell-Positionen im Nominale von EUR 547.531.084,76 (31.12.2013: EUR 2.456.008.995,57) und Haftungen von EUR 185.210.034,72 (31.12.2013: EUR 200.172.456,19).

Bei den verbleibenden CDS-Sell-Positionen handelt es sich mit EUR 538.631.084,75 um ein Republik Österreich-Obligo und mit EUR 8.900.000,00 um eine Absicherungsposition zu einer Eigenemission.

Weiters bestehen Absicherungspositionen (CDS-Buy) zu Wertpapieren von EUR -180.962.950,12 (31.12.2013: EUR -577.854.816,63).

Der CDS-Bestand entwickelte sich wie folgt:

in EUR	Nominalbeträge 31.12.2013	Abbau/Ablauf	FX-Änderungen	Nominalbeträge 31.12.2014
CDS-Sell	2.456.008.995,57	1.972.921.481,95	64.443.571,14	547.531.084,76
CDS-Buy	-577.854.816,63	395.010.363,12	1.881.503,39	-180.962.950,12
Summe	1.878.154.178,94	-1.577.911.118,83	66.325.074,53	366.568.134,64

Der CDS-Bestand weist folgende Marktwerte auf:

in EUR	Marktwerte 31.12.2014	Marktwerte 31.12.2013
CDS-Sell	-1.203.186,87	-76.578.018,46
CDS-Buy	2.369.582,20	-8.387.921,38
Summe	1.166.395,33	-84.965.939,84

Alle CDS sind unter ISDA-Verträgen abgeschlossen. Weiters bestehen mit den Vertragsparteien Credit Support Annex-Agreements (CSA-Agreements), nach denen die Verträge auf täglicher Basis bewertet und mittels Collateral-Zahlungen besichert werden.

Die KF verfügt ausschließlich über CDS-Verträge ohne Trigger, weshalb diese gemäß UGB als Eventualverbindlichkeiten behandelt werden. Bei sämtlichen, nicht zum Abbau vorgesehenen CDS, wurde die Wahrscheinlichkeit einer drohenden Inanspruchnahme geprüft und analysiert. Auf Basis dieser Analysen waren keine Vorsorgen erforderlich.

5.2. Kreditrisiken

Zum 31. Dezember 2014 bestanden wie im Vorjahr keine offene Rahmen und Promessen aus dem Kreditgeschäft.

6. ERGÄNZENDE ANGABEN

6.1. Eigenmittel- und Eigenmittelanforderungen

Die nach CRR ermittelten Eigenmittel- und Eigenmittelanforderungen der KF zeigen folgende Zusammensetzung und Entwicklung:

Bemessungsgrundlage in EUR	Basel III gem. Art. 92 CRR 31.12.2014	Basel II gem. § 22 Abs. 2 BWG 31.12.2013
Risikogewichtete Aktiva Kreditrisiko gemäß Basel III (ab 2014) / Basel II (bis 2013)	2.652.332.032,44	3.256.261.877,34
Eigenmittelerfordernisse		
<i>hievon Kreditrisiko</i>	212.186.562,60	260.500.950,19
<i>hievon Operationelles Risiko</i>	0,00	0,00
<i>hievon CVA-Charge</i>	10.151.841,00	0,00
<i>hievon Ausfallfonds einer qualifizierten Gegenpartei</i>	0,00	0,00
Insgesamt (Eigenmittel-Soll)	222.338.403,60	260.500.950,19

Eigenmittel Ist in EUR	Basel III gem. Art. 92 CRR 31.12.2014	Basel II gem. § 22 Abs. 2 BWG 31.12.2013
Hartes Kernkapital nach Abzugsposten (Tier 1)	403.598.426,79	403.598.426,79
Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten	177.486.090,52	219.269.915,45
Anrechenbare Eigenmittel (Tier 1 und Tier 2)	581.084.517,31	622.868.342,24
Freie Eigenmittel	358.746.113,71	362.367.392,05
Gesamtkapitalquote	20,9 %	19,1 %
Harte Kernkapitalquote	14,5 %	12,4 %

6.2. Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf fremde Währung lauten

In der Bilanz sind Aktiva, die auf fremde Währung lauten, in Höhe von EUR 3.001.388.989,32 (31.12.2013: EUR 3.185.594.910,81) enthalten. Die Passiva in fremder Währung betragen EUR 1.690.721.853,24 (31.12.2013: EUR 2.145.365.284,91). Offene Währungspositionen werden über entsprechende Swap-Kontrakte geschlossen.

6.3. Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte

Zur Absicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken wurden folgende am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte im Bankbuch eingegangen (beizulegende Zeitwerte inklusive Zinsabgrenzungen):

31.12.2014 in EUR	Nominale	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
Zinsswaps	8.248.380.202	630.072.467	-1.857.328.550
<i>davon in Makro-Hedge</i>	4.237.079.725	565.189.028	-585.744.580
<i>davon in Bewertungseinheit</i>	3.158.137.042	48.910.305	-1.237.431.185
Zins-/Währungsswaps	578.097.919	17.958.902	-420.606.314
<i>davon in Makro-Hedge</i>	110.737.385	17.354.404	-17.354.404
<i>davon in Bewertungseinheit</i>	467.360.534	604.498	-403.251.910
Währungsswaps	1.252.566.298	1.232.324.789	-1.252.221.376
Gekaufte Optionen	1.000.000.000	271.819.310	0
Verkaufte Optionen	-1.000.000.000	0	-271.819.310
CDS	0	0	0
Summe	10.079.044.419	2.152.175.468	-3.801.975.550

31.12.2013 in EUR	Nominale	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
Zinsswaps	10.908.497.428	529.922.987	-1.574.260.957
<i>davon in Makro-Hedge</i>	5.474.229.126	468.711.887	-512.442.146
<i>davon in Bewertungseinheit</i>	4.624.138.261	37.319.573	-1.042.786.543
Zins-/Währungsswaps	729.765.878	18.274.744	-276.241.847
<i>davon in Makro-Hedge</i>	109.456.955	17.166.695	-17.166.695
<i>davon in Bewertungseinheit</i>	620.308.923	1.108.049	-259.075.151
Währungsswaps	989.899.592	994.653.624	-989.643.281
Gekaufte Optionen	1.000.000.000	237.469.190	0
Verkaufte Optionen	-1.000.000.000	0	-237.469.190
CDS	0	0	0
Summe	12.628.162.897	1.780.320.545	-3.077.615.274

In der Bilanz sind Zinsabgrenzungen, Fremdwährungsbewertungen sowie abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäfte in Höhe von EUR 180.600.120,26 (31.12.2013: EUR 210.958.109,08) unter den „Sonstigen Vermögensgegenständen“ sowie den „Rechnungsabgrenzungsposten“ auf der Aktivseite und von EUR 177.947.288,34 (31.12.2013: EUR 308.040.183,03) unter den „Sonstigen Verbindlichkeiten“ sowie den „Rechnungsabgrenzungsposten“ auf der Passivseite enthalten.

Weiters sind Rückstellungen in Höhe von EUR 49.594.643,30 (31.12.2013: EUR 39.954.740,51) im Zusammenhang mit Derivaten erfasst, davon entsprechen EUR 4.399.243,03 (31.12.2013: EUR 14.956.812,30) der Drohverlustrückstellung für Makro-Swaps:

31.12.2014 in EUR	Beizulegender Zeitwert Makro-Swaps	Zinsbarwerte Grundgeschäfte	Rückstellung
EUR	-20.960.186,64	16.670.954,07	-4.289.232,57
USD	-6.304.075,16	6.197.791,92	-106.283,24
JPY	-3.727,22	0,00	-3.727,22
			-4.399.243,03

Zum 31. Dezember 2013 stellte sich die Drohverlustrückstellung für Makro-Swaps wie folgt dar:

31.12.2013 in EUR	Beizulegender Zeitwert Makro-Swaps	Zinsbarwerte Grundgeschäfte	Rückstellung
EUR	-36.940.064,99	26.016.651,91	-10.923.413,08
USD	-10.018.751,44	5.985.352,22	-4.033.399,22
JPY	2.028,73	0,00	0,00
			-14.956.812,30

6.4. Total-Return-Swaps (TRS)

In der Bilanz sind Wertpapiere enthalten, welche zivilrechtlich an Drittparteien gegen Hereinnahme von Liquidität verkauft wurden, das zugrundeliegende Risiko jedoch über eine CDS-Struktur bei der KF verbleibt, weshalb keine Ausbuchung erfolgt ist. Die Wertpapiere bzw. die erhaltene Liquidität sind in der Bilanz in folgenden Posten enthalten:

Buchwerte in EUR	31.12.2014	31.12.2013
Schuldtitle öffentlicher Stellen	25.677.237,13	148.986.764,89
Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	16.474.549,05	86.205.410,80
Summe Aktiva	42.151.786,18	235.192.175,69
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.473.107,65	170.255.528,97
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	25.677.237,13	64.368.314,91
Summe Passiva	42.150.344,78	234.623.843,88

6.5. Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten betragen im Berichtsjahr 2014 EUR 5.340.686,04 (2013: EUR 6.185.151,05).

6.6. Rechtsstreitigkeiten

Die KF wurde von zwei ehemaligen Vorstandsmitgliedern vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien wegen angeblich unberechtigter vorzeitiger Auflösung ihrer Vorstandsverträge auf Kündigungsentschädigung geklagt. Das finanzielle Risiko liegt jeweils bei rund EUR 3 Mio. zuzüglich Zinsen. In diesen Verfahren hat die KF jeweils eine Widerklage wegen

Schadenersatz eingebracht. Die KF rechnet nicht mit einem Aufwand aus diesen Verfahren. Unabhängig von diesen Verfahren hat die KF zur Wahrung möglicher Schadenersatzansprüche Klage gegen ehemalige Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie gegen ehemalige Mitarbeiter eingebracht. Die KF rechnet nicht mit einem Aufwand aus diesen Verfahren. Neben diesen Verfahren werden staatsanwaltliche Untersuchungen u. a. gegen vormalige Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter durchgeführt, wobei die Hauptverhandlung am Straf- und Landesgericht Wien im Oktober 2014 begonnen hat. Die KF hat sich diesem Verfahren als Privatbeteiligte angeschlossen.

Ein Investor in Zertifikaten, die vor der Kapitalherabsetzung durch Tier 1-Instrumente (Partizipationskapital) der KF gedeckt waren, hat gerichtliche Schritte gegen mehrere Parteien, darunter auch gegenüber der KF eingeleitet. Bei den Tier 1-Instrumenten handelte es sich um Partizipationskapital, welches gemäß § 23 BWG a.F. voll verlusttragend ist, das ursprünglich von der KA alt begeben worden war und im Zuge der Spaltung zwischen der KF und der KA aufgeteilt wurde.

Ein ehemaliger Inhaber von Partizipationskapital der KF hat Klagen gegen die Herabsetzung des Partizipationskapitals per 31. Dezember 2011 sowie den Aufteilungsschlüssel des Partizipationskapitals bei der Spaltung der KA alt im Jahr 2009 eingebracht. Zwei Investoren in Genussrechte der vormaligen KIB haben zudem Klage gegen die Abschichtung im Rahmen der Verschmelzung der KIB auf die KF eingebracht.

In allen obigen Fällen werden alle erforderlichen Schritte zur Abwehr der erhobenen Einwendungen und Ansprüche gesetzt. Die Organe der Gesellschaft sind der Meinung, dass die erhobenen Einwendungen und Ansprüche in den obigen Verfahren unbegründet sind.

6.7. Sonstige Verpflichtungen

6.7.1. Besserungsschein

Im Rahmen der Kapitalisierungsvereinbarung mit der Republik Österreich und der KA vom 17. November 2009 verzichtete die KA gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1,0 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Dieser Besserungsschein wurde am 30. Dezember 2011 von der KA an die Republik Österreich übertragen und sichert dieser vorrangige Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen bzw. künftigen Liquidationserlösen der KF im Ausmaß des ursprünglichen Verzichts Betrags von EUR 1.000.000.000,00 zuzüglich Zinsen (Gesamtstand 31.12.2014: EUR 1.242.565.818,38) zu.

6.7.2. Spaltung

Aufgrund der vom Spaltungsgesetz (SpaltG) normierten gesamtschuldnerischen Haftung haftet die KF für Verbindlichkeiten, die bis zur Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch entstanden sind und als dem Kernbankgeschäft zugeordnete Verbindlichkeiten auf die KA abgespalten wurden, bis zur Höhe des ihr im Rahmen der Spaltung zugewiesenen Nettoaktivvermögens.

6.7.3. *Haftungsentgelte an die Republik Österreich*

Die Bürgschaft der Republik Österreich für wertberichtigte Forderungen der KF beträgt per 31. Dezember 2014 EUR 4.708.724,13 (31.12.2013: EUR 5.712.841,49). Für die Haftungsübernahme hat die KF ein Entgelt in Höhe von 10 % p. a. an die Republik Österreich zu entrichten.

Weiters leistet die KF Haftungsentgelte für ein staatsgarantiertes CP-Programm an die Republik Österreich (siehe Punkt 4.11. Verbriefte Verbindlichkeiten).

6.7.4. *Sonstige Verpflichtungen*

Die KF ist gemäß § 93 BWG zur anteiligen Sicherung der Einlagen im Rahmen der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien, verpflichtet.

Aufgrund von Mietverträgen ergeben sich im Jahr 2015 Verpflichtungen in Höhe von EUR 108.000,00. Die entsprechenden Verpflichtungen für die Jahre 2016 bis 2020 betragen voraussichtlich EUR 594.000,00.

6.8. *Als Sicherheiten gegebene Vermögensgegenstände*

Als Sicherheit für Verbindlichkeiten Dritter wurden zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres keine Forderungen gegenüber Kreditinstituten oder anderen Gläubigern verpfändet.

Als Sicherheiten für negative Marktwerte aus ISDA-/CSA-Vereinbarungen wurden Guthaben bei Kreditinstituten mit einem Nominale von EUR 1.927.070.739,72 (31.12.2013: EUR 1.616.126.478,13) gestellt. In den Forderungen an Kunden (Nichtbank-Finanzinstitute) sind gegebene Barsicherheiten für negative Marktwerte aus ISDA-/CSA-Vereinbarungen mit einem Nominale von EUR 81.500.000,00 (31.12.2013: EUR 44.431.000,00) enthalten. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind erhaltene Barsicherheiten für positive Marktwerte mit einem Nominale von EUR 218.856.380,21 (31.12.2013: EUR 116.224.000,00) enthalten. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind erhaltene Barsicherheiten für positive Marktwerte mit einem Nominale von EUR 200.000,00 (31.12.2013: Nominale von EUR 0,00) ausgewiesen.

Im Rahmen der Teilnahme am EZB-Tender sowie von Pensionsgeschäften wurden zum 31. Dezember 2014 Wertpapiere und Darlehen mit einem gesperrten Belehnungs- bzw. Buchwert von EUR 1.523.047.284,50 (31.12.2013: EUR 1.323.791.687,10) als Sicherheit hinterlegt.

6.9. *Latente Steuern*

Zum Bilanzstichtag waren wie im Vorjahr keine aktivierungsfähigen aktiven, latenten Steuern vorhanden. Der zum Bilanzstichtag vorhandene steuerliche Verlustvortrag beträgt EUR 2.687.446.537,20 (31.12.2013: EUR 2.488.242.265,23).

7. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

7.1. Darstellung der wesentlichen GuV-Positionen

7.1.1. Zinsergebnis

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2014	2013
Kreditgeschäft	107.710.690,84	92.127.714,78
Bankveranlagungen	18.250.962,40	19.123.609,31
Festverzinsliche Wertpapiere	118.659.879,69	150.464.352,45
Swap-Ertrag	147.640.011,34	219.250.924,31
Summe Zinserträge	392.261.544,27	480.966.600,85

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in EUR	2014	2013
Mit Banken	-12.828.366,36	-26.431.258,01
Mit Nichtbanken	-2.458.370,08	-2.747.621,53
Eigene Emissionen	-30.550.028,03	-63.693.235,00
Swap-Aufwand	335.150.209,78	-401.260.073,16
Summe Zinsaufwendungen	380.986.974,25	-494.132.187,70

Summe Zinsergebnis	11.274.570,02	-13.165.586,85
---------------------------	----------------------	-----------------------

Das Zinsergebnis hat sich im Jahr 2014 signifikant verbessert und ist erstmals seit der Spaltung 2009 positiv. Dies reflektiert sowohl die deutlich verbesserte Refinanzierungssituation, auch infolge der expansiven Geldpolitik der EZB, als auch den reduzierten Zinsaufwand durch verminderte Collateralleistungen infolge des CDS-Abbaus.

Die Zinsaufwendungen und -erträge aus Zinsabsicherungsswaps werden brutto in den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen gezeigt und nicht mit jenen der Grundgeschäfte saldiert.

7.1.2. Provisionsergebnis

Provisionserträge in EUR	2014	2013
Haftungsprovisionen	429.812,68	10.591.580,68
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	125.000,04	125.000,04
Summe Provisionserträge	554.812,72	10.716.580,72

Provisionsaufwendungen in EUR	2014	2013
Haftungsprovisionen	-2.229.890,49	-19.350.566,46
Wertpapiergeschäft	-19.411.360,43	-43.922.625,28
<i>darunter:</i>		
<i>Haftungsentgelt Bundesbürgschaft</i>	-501.115,50	-6.839.045,77
<i>Haftungsentgelt für Emissionsgarantien</i>	-3.209.955,47	-17.050.524,66
<i>Haftungsentgelt für staatsgarantierte Commercial Papers</i>	-15.240.133,08	-15.106.054,22
Geld- und Devisenhandel	-656.773,96	-191.036,84
Summe Provisionsaufwendungen	-22.298.024,88	-63.464.228,58
Summe Provisionsergebnis	-21.743.212,16	-52.747.647,86

Die Haftungsprovisionen enthalten insbesondere periodengerecht abgegrenzte Erträge und Aufwendungen aus CDS-Verträgen. Die im Aufwand aus dem Wertpapiergeschäft ausgewiesenen Haftungsentgelte werden an die Republik Österreich abgeführt. Die deutliche Reduktion der Haftungsentgelte gegenüber dem Vorjahr ist auf die plangemäße Tilgung von staatsgarantierten Emissionen und die Reduktion der Bundesbürgschaft zurückzuführen.

7.1.3. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften

in EUR	2014	2013
Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	6.010,47	15.786.769,22

Das Ergebnis aus Finanzgeschäften ist 2014 im Wesentlichen ausgeglichen. Im Vorjahr konnte die bestehende Drohverlustrückstellung für CDS-Absicherungsverträge infolge des CDS-Portfolioabbaus ertragswirksam aufgelöst werden.

7.1.4. Verwaltungsaufwand

in EUR	2014	2013
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-13.813.702,57	-16.730.392,09
Sachaufwand	-13.813.702,57	-16.730.392,09

Die KF hat keine eigenen Mitarbeiter/innen; 14 Mitarbeiter/innen (31.12.2013: 15) sind über Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarungen aus der KA direkt und ausschließlich in der KF aktiv. Zusätzlich bezieht die KF überwiegend Dienstleistungen von der KA über ein Service Level Agreement. Für die erbrachten Leistungen wurden 2014 anhand von detaillierten Zeitaufzeichnungen der Mitarbeiter/innen anteilige Personal- und Sachkosten in Höhe von EUR 9.455.998,89 (2013: EUR 10.167.009,40) weiterverrechnet und im Sachaufwand unter den Dienstleistungen Dritter ausgewiesen.

Der Sachaufwand reduzierte sich durch stringentes Kostenmanagement im Vergleich zum Vorjahr um EUR 2.916.689,51 bzw. 17,4 % und setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	2014	2013
Dienstleistungen Dritter	-11.103.863,82	-12.164.776,54
Konsultations- und Prüfungskosten	-1.398.370,79	-3.097.246,77
Nachrichtenverkehr	-787.641,73	-698.714,42
Datenverarbeitung	-139.545,09	-135.052,45
Raumkosten	-95.296,58	-95.495,77
Sonstiger Sachaufwand	-288.984,57	-539.106,14
Summe Sachaufwand	-13.813.702,58	-16.730.392,09

Die auf die Berichtsperiode entfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer gliedern sich wie folgt:

in EUR	2014	2013
Prüfung des Jahresabschlusses	102.000,00	96.000,00
Andere Bestätigungsleistungen	0,00	0,00
Sonstige Leistungen	50.000,00	52.498,00
	152.000,00	148.498,00

7.1.5. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von EUR 265.444,42 (2013: EUR 765.000,00) stellen im Wesentlichen die Aufwendungen für Abschöpfungen von ungerechtfertigten Vorteilen aus einer kurzfristigen GVA-Überziehung dar. Zum 31. Dezember 2014 liegen keine GVA-Überschreitungen vor.

7.1.6. Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen

Das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen (Positionen 10 und 11 der GuV) setzt sich 2014 wie folgt zusammen:

in EUR	2014
Auflösung der § 57 (1) BWG-Vorsorge	18.663.267,11
Ertrag aus Abbaumaßnahmen	20.301.179,06
Positive Effekte	38.964.446,19
Aufwand aus Wertberichtigungen	-14.126.374,83
Abbau und Bewertung Zinsderivate	-13.994.450,70
Sonstiges	-415.127,73
Negative Effekte	-28.535.953,26
Summe Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen	10.428.492,93

Die KF hat auch im Jahr 2014 den fokussierten Risikoabbau fortgesetzt. Aus diesen Abbaumaßnahmen konnten Wertaufholungen im Ausmaß von EUR 20.301.179,06 realisiert werden.

Der Aufwand aus Wertberichtigungen enthält im Wesentlichen die Bildung einer Vorsorge für eine Anleihe der HETA Asset Resolution AG im Nominale von EUR 30 Mio.

2013 stellte sich das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen wie folgt dar:

in EUR	2013
Auflösung der § 57 (1) BWG-Vorsorge	4.870.584,54
Sonstiges	468.815,80
Positive Effekte	5.339.400,34
Aufwand aus Abbaumaßnahmen	-214.912.443,17
Aufwand aus Wertberichtigungen	-48.267.912,57
Abbau und Bewertung Zinsderivate	-6.398.404,69
Ergebnis aus der Bewertung von Wertpapieren des Umlaufvermögens	-701.002,25
Negative Effekte	-270.279.762,68
Summe Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen	-264.940.362,34

7.1.7. Außerordentliche Erträge

in EUR	2014	2013
Außerordentliche Erträge	14.113.591,80	332.581.689,89

Die KF erhielt 2013 Gesellschafterzuschüsse der Republik Österreich in Höhe von EUR 350,0 Mio. zur Abdeckung der geänderten aufsichtsrechtlichen Anforderungen von Basel 3 (i. e. CRR und CRD IV) und zur Deckung der Abbaukosten aus dem CDS-Portfolio. Vertragsgemäß wurden 2013 die Gesellschafterzuschüsse in Höhe des ansonsten anfallenden Jahresverlustes als Aufwandszuschuss von EUR 332.581.689,89 im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen. Der Restbetrag kann für den risikomindernden Abbau anderer Portfoliobestände eingesetzt werden und beträgt nach Verwendung von EUR 14.113.591,80 im Geschäftsjahr 2014 zum 31. Dezember 2014 EUR 3.304.718,31. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

7.1.8. Steueraufwand

Der auf das Geschäftsjahr entfallende Steueraufwand in Höhe von EUR 5.209,84 betrifft den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der KF.

7.1.9. Jahresergebnis und Gesamtkapitalrentabilität

Die KF zeigt im Geschäftsjahr ein ausgeglichenes Ergebnis. Die Gesamtkapitalrentabilität (Berechnung: Quotient des Jahresergebnisses nach Steuern geteilt durch die Bilanzsumme zum Bilanzstichtag) beträgt 0,0 % (2013: 0,0 %).

7.2. Aufteilung der Umsatzerlöse in geografische Märkte (§ 237 UGB)

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2014	2013
Österreich	14.797.440,76	17.869.735,78
Westeuropa	173.685.733,51	217.852.467,80
Zentral- und Osteuropa	72.074.823,97	93.683.166,29
Übrige Welt	131.703.546,03	151.561.230,99
	392.261.544,27	480.966.600,85

Provisionserträge in EUR	2014	2013
Österreich	15.858,74	24.259,98
Westeuropa	94.971,86	4.002.373,41
Zentral- und Osteuropa	8.606,43	5.253.354,85
Übrige Welt	435.375,69	1.436.592,48
	554.812,72	10.716.580,72

Sonstige betriebliche Erträge in EUR	2014	2013
Österreich	4.808,80	1.627,59
Westeuropa	0,00	0,00
Zentral- und Osteuropa	119,97	2.408,80
Übrige Welt	0,00	0,00
	4.928,77	4.036,39

8. OFFENLEGUNG GEM. TEIL 8 DER CRR

Entsprechend den Anforderungen des Teil 8 der CRR werden in einem separaten Offenlegungsbericht wesentliche qualitative und quantitative Informationen über das Institut offengelegt. Dieser ist auf der Website der KA Finanz AG (www.kafinanz.at) unter „Finanzberichte“ abrufbar.

9. ANGABEN ÜBER ORGANE UND ARBEITGEBER

9.1. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer während des Geschäftsjahres

Seit der Spaltung 2009 verfügt die KF über keine eigenen Mitarbeiter/innen. 14 Mitarbeiter/innen (31.12.2013: 15) sind über Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarungen aus der KA direkt und ausschließlich in der KF aktiv.

9.2. Gesamtbezüge an Vorstand und Aufsichtsrat

Die Gesamtbezüge an Vorstand und Aufsichtsrat für 2014 stellen sich wie folgt dar:

in EUR	2014	2013
Aktive Vorstandsmitglieder *)	0,00	0,00
Aufsichtsratsmitglieder	63.400,00	65.000,00
Frühere Vorstandsmitglieder	0,00	0,00
	63.400,00	65.000,00

*) Die aktiven Vorstandsmitglieder der KA leiten in Personalunion als Vorstände auch die KF. Bezüge in Höhe von EUR 393.627,06 (2013: EUR 471.649,27) wurden auf Basis des Service Level Agreements von der KA an die KF weiterverrechnet und werden im Sachaufwand der KF ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2014 waren wie zum 31. Dezember 2013 keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats aushaftend. Für diese Personen bestanden auch keine Haftungen der KF.

9.3. Mitglieder des Vorstands

Mag. Alois Steinbichler

Vorstandsvorsitzender seit 7. November 2008, wiederbestellt per 7. November 2011 bis zum 6. November 2016, somit auf fünf Jahre

Dr. Helmut Urban

Mitglied des Vorstandes seit 1. September 2013, bestellt bis zum 6. November 2016

9.4. Mitglieder des Aufsichtsrats

Erstmalig gewählt durch die Hauptversammlung am 8. Jänner 2009, in der ordentlichen Hauptversammlung am 19. Mai 2011 wiedergewählt:

KR Dr. Klaus Liebscher

Vorsitzender des Aufsichtsrats

(Mitglied des Vorstands der Finanzmarkt-beteiligung AG und ehemaliger Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank)

KR Adolf Wala

Vorsitzender-Stellvertreter

(Mitglied des Vorstands der Finanzmarkt-beteiligung AG und ehemaliger Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank)

Dir. Mag. Werner Muhm

(Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer)

DI Herbert Paierl

(Selbständiger Unternehmer) – bis 4. November 2014

Univ.-Prof. Mag. Dr. Stefan Pichler

(Professor für Banken und Finanzwirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien)

Franz Hofer, MSc (vom Betriebsrat entsandt)

Brigitte Kulovits (vom Betriebsrat entsandt)

Mag. Marc Schimpel (vom Betriebsrat entsandt)

9.5. *Staatskommissär*

Mag. Angelika Schlögel, MBA
Staatskommissärin, Bundesministerium für Finanzen – seit 1. August 2014

SC Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger
Staatskommissär, Bundesministerium für Finanzen,
Abteilungsleiter Sektion II Budget – bis 28. Februar 2014

Mag. Wolfgang Nitsche
Staatskommissär-Stellvertreter, Bundesministerium für Finanzen

9.6. *Regierungskommissär für den Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen*

Mag. Andrea Delfauro-Bischof, MA
Regierungskommissär; Bundesministerium für Finanzen

Mag. Wolfgang Nitsche
Regierungskommissär-Stellvertreter; Bundesministerium für Finanzen

Zum Zeitpunkt der Berichtslegung hatte die Bank keine fundierten Bankschuldverschreibungen aushaftend.

10. ERGEBNISVERWENDUNG

Der zum 31. Dezember 2014 ausgewiesene Bilanzverlust in Höhe von EUR 156.492.661,67 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Wien, am 20. März 2015

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender



Dr. Helmut Urban
Mitglied

Zusammensetzung der Beteiligungen zum 31. Dezember 2014 (Anlage 1)

Name und Sitz in EUR 1.000	Kapitalanteil in %	Eigenkapital iSd § 224 UGB	Anschaffungskosten	Buchwert	kumulierte Abschreibung	Periodenüberschuss nach Steuern	Letzter geprüfter Jahresabschluss
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien	0,10%	- ¹⁾	0,0	0,0	0,0	- ¹⁾	-
SALEM Beteiligungsverwaltung zwölfte GmbH, Wien	100,00%	- ¹⁾	23,0	23,0	0,0	- ¹⁾	-

¹⁾ wegen Unwesentlichkeit nicht dargestellt

Anlagenspiegel gemäß § 226 (1) UGB per 31. Dezember 2014 (Anlage 2)

Anlagevermögen in EUR	Anschaffungskosten				Stand 31.12.2014	Kumulierte Abschreibungen/ Zuschreibungen 2014 (*)	Buchwert 31.12.2014	Buchwerte		
	Stand 1.1.2014	Währungs-umrechnung	Zugänge	Abgänge				Buchwert 1.1.2014	Abschreibungen 2014	Zuschreibungen 2014
Schuldmittel öffentlicher Stellen	1.491.078.559,47	4.348.502,17	0,00	868.433.388,35	626.993.673,30	3.515.612,71	623.478.060,59	1.486.727.568,04	251.268,78	1.222.641,94
Forderungen an Kreditinstitute	137.118.363,32	7.301.785,37	0,00	60.084.526,24	84.335.622,44	6.107.013,71	78.228.608,73	137.118.363,22	6.107.013,73	0,01
Forderungen an Kunden	1.532.228.926,45	140.011.223,19	0,00	153.337.443,64	1.518.902.706,00	11.431.147,66	1.507.471.558,34	1.522.460.433,69	4.170.095,54	1.068.838,57
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.220.697.028,69	145.961.343,13	0,00	592.444.350,70	1.774.214.021,13	61.094.028,07	1.713.119.993,06	2.156.343.656,73	1.282.643,46	1.148.967,32
Beteiligungen	23.070,00	0,00	0,00	0,00	23.070,00	0,00	23.070,00	23.070,00	0,00	0,00
Sachanlagen										
Betriebs- und Geschäftsausstattung	252.843,05	0,00	0,00	0,00	252.843,05	182.041,61	70.801,44	70.801,44	0,00	0,00
	5.381.398.790,98	297.662.853,87	0,00	1.674.299.708,93	4.004.721.935,92	82.329.843,76	3.922.392.092,16	5.302.743.893,12	11.811.021,50	3.440.447,83

(*) Diese Spalte enthält bei den Wertpapieren des Anlagevermögens die Zuschreibung des Unterschiedsbetrages gemäß § 56 Abs. 3 BWG.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der KA Finanz AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2014, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben.

Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2014 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2014 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a Abs. 2 UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a Abs. 2 UGB sind zutreffend.

Wien, den 20. März 2015

PwC Wirtschaftsprüfung GmbH

gez.:



Dipl.Kfm.Univ. Dorotea-E. Rebmann
Wirtschaftsprüfer

Eine von den gesetzlichen Vorschriften abweichende Offenlegung, Veröffentlichung und Vervielfältigung im Sinne des § 281 Abs. 2 UGB in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form unter Beifügung unseres Bestätigungsvermerks ist nicht zulässig. Im Fall des bloßen Hinweises auf unsere Prüfung bedarf dies unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.

ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

KA Finanz AG Jahresabschluss 2014

Wir **bestätigen** nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte **Jahresabschluss** des Unternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der **Lagebericht** den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, im März 2015

Der Vorstand der
KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender



Dr. Helmut Urban
Mitglied des Vorstands